



**Trotz inhaltlichem Rückhalt führten
Komplexität und Ungewissheit zur
Ablehnung der DETTEC**

Projektteam

Urs Bieri: Co-Leiter

Martina Mousson: Projektleiterin

Adriana Pepe: Junior Projektleiterin

Annick Doriot: Junior Projektleiterin

Alessandro Pagani: Junior Data Scientist

Daniel Bohn: Projektmitarbeiter

Roland Rey: Projektmitarbeiter / Administration

Bern, 15.03.2024

Publikation: 27.03.2024

Inhaltsverzeichnis

1	MANDAT UND METHODE	4
1.1	Methodische Details.....	4
2	NACHANALYSE DETTEC	5
2.1	Mobilisierung.....	5
2.2	Meinungsbildung und Informationsarbeit.....	7
2.3	Konfliktmuster des Stimmentscheids.....	12
2.4	Motive für und gegen die DETTEC-Vorlage	15
2.5	Vielschichtigkeit des Neins trotz Akzeptanz der Pro-Argumente	17
3	FREIBURGER GESUNDHEITSWESEN	22
3.1	Einschätzungen zum Freiburger Gesundheitswesen.....	22
3.2	Volksinitiative und Gegenvorschlag.....	25
3.3	Finanzierung Spital Freiburg.....	30
4	SYNTHESE	32
5	ANHANG	35
5.1	gfs.bern-Team	35

1 Mandat und Methode

Der Kanton Freiburg, vertreten durch die Staatskanzlerin Danielle Gagnaux-Morel, beauftragte das Forschungsinstitut gfs.bern mit einer Nachanalyse der Abstimmung über die Behördenvorlage «Aufgabenentflechtung zwischen Staat und Gemeinden» mit Schwerpunkt im Sozialen und im Gesundheitswesen, kurz DETTEC. Nach dem Nein zur DETTEC-Vorlage vom 12. November 2023 wollte der Kanton mehr über die Gründe für die Ablehnung erfahren.

Die vorliegende Nachanalyse dieses Stimmentscheids beleuchtet, wer aus welchen Gründen für oder gegen die Vorlage war. Ein Schwerpunkt wurde auf das Verständnis der Botschaften und das Vertrauen, welches dem Projekt der Behörden entgegengebracht wurde, gelegt.

Zusätzlich wurde mit Blick auf die nahe Zukunft analysiert, wie die Freiburger Stimmbevölkerung zum Gesundheitswesen steht und welche Einstellungen sie zur Initiative «Für bürgernahe öffentliche Spitalnotaufnahmen 24/24» und deren Gegenvorschlag vertreten.

1.1 Methodische Details

Die Ergebnisse dieser Studie basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1676 Stimmberechtigten des Kantons Freiburg. Die Umfrage wurde Online und auf postalische Einladung und Erinnerung hin durchgeführt. Alle Angaben gelten bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit mit einem Unsicherheitsbereich von ± 2.4 Prozentpunkten. Die Resultate wurden nach Alter, Geschlecht und Bezirk der Freiburger Stimmberechtigten sowie nach dem realen Abstimmungsergebnis gewichtet.

Tabelle 1: Methodische Details

Auftraggeber	Kanton Freiburg
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte des Kantons Freiburg
Adressbasis	Einwohnerregister Kanton Freiburg
Befragungsmethode:	schriftliche Befragung (online)
Befragungszeitraum	23.12.2023 – 05.02.2024
Art der Stichprobenziehung	Zufallsstichprobe aus dem kantonalen Einwohner:innenregister
Stichprobengrösse	Total Befragte CH N = 1676
Ausschöpfung	21%
Stichprobenfehler	± 2.4 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
Gewichtung	Alter x Geschlecht x Bezirk, Parteistärke, Stimmbeteiligung DETTEC x Bezirk, Abstimmungsergebnis x Bezirk

©gfs.bern, Nachanalyse Aufgabenentflechtung zwischen Staat und Gemeinden, März 2024

2 Nachanalyse DETTEC

2.1 Mobilisierung

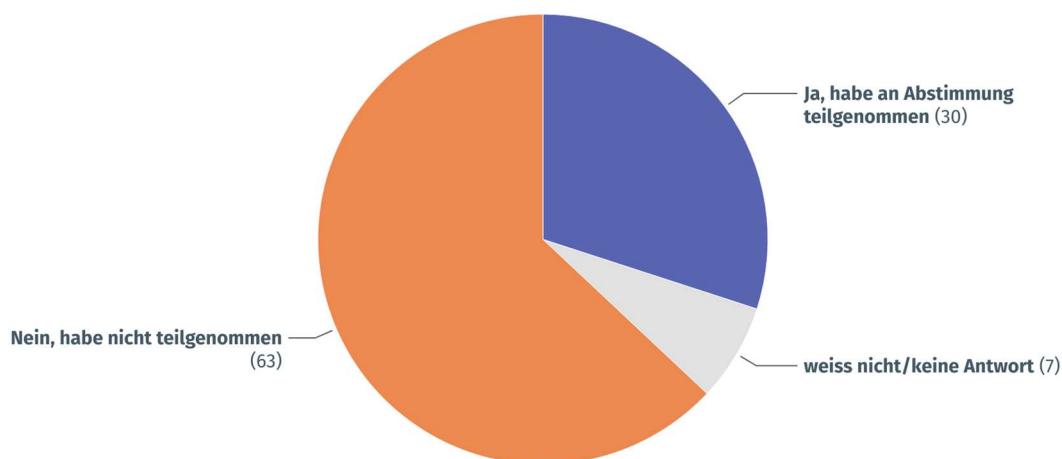
Trotz intensiver Diskussion im Vorfeld der Abstimmung vermochte die Vorlage «Aufgabenentflechtung zwischen Staat und Gemeinden» (kurz DETTEC) nicht übermässig zu mobilisieren. Lediglich 32.3 Prozent der Freiburger Stimmberechtigten haben sich am Urnengang vom 12. November 2023 beteiligt. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund des gleichentags stattfindenden 2. Wahlgangs für die beiden Freiburger Ständeratssitze ein tiefer Wert.

Grafik 1

Teilnahme DETTEC-Abstimmung

Bei Abstimmungen geht normalerweise mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten nicht an die Urne. Wie war das bei Ihnen, haben Sie an der Abstimmung über die DETTEC teilgenommen oder nicht?

in % Stimmberechtigte



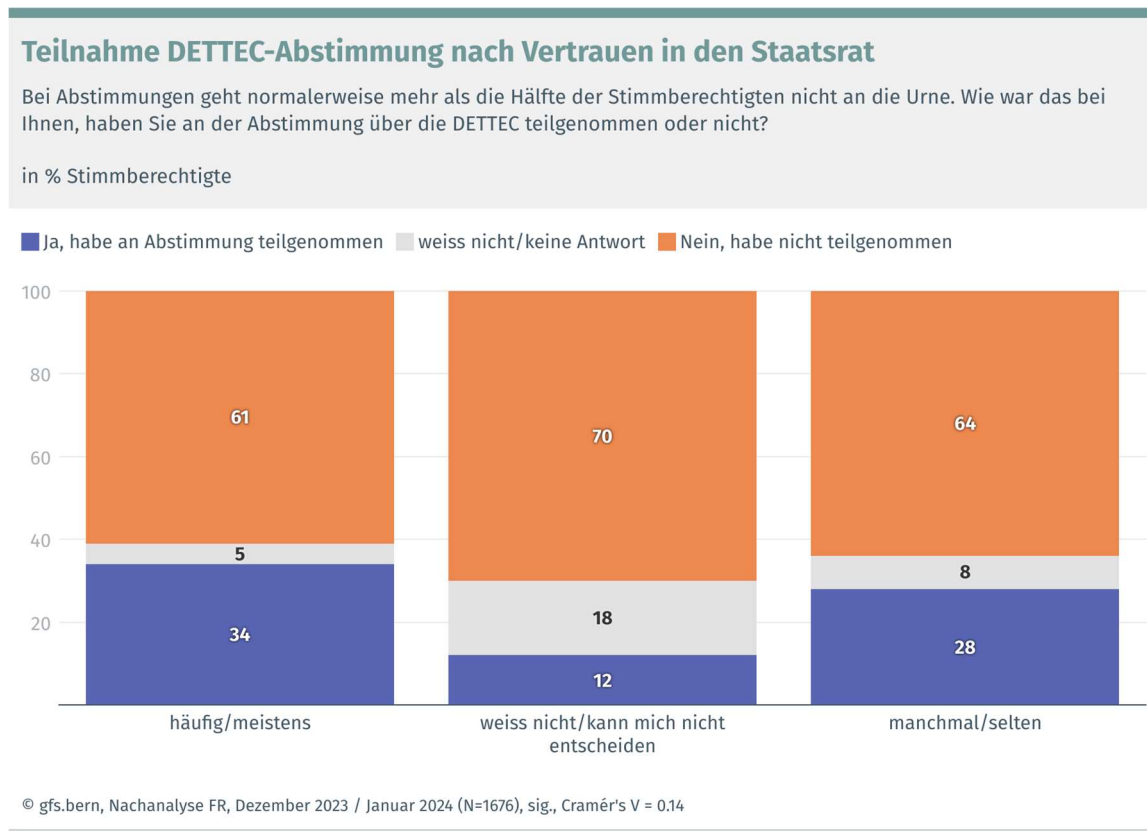
© gfs.bern, Nachanalyse FR, Dezember 2023 / Januar 2024 (N=1676)

Typischerweise zeigen sich bei einer solch tiefen Stimmbeteiligung altbekannte Muster der Abstimmungsteilnahme: Ältere (18-39-Jährige: 19%, 40-64-Jährige: 31%, 65+-Jährige: 43%) und Personen mit höherer formaler Bildung nahmen verstärkt am Urnengang über den DETTEC teil (tief: 21%, mittel: 24%, hoch: 37%).

Eine leicht höhere Teilnahme ist auch bei Männern (32% Männer im Vergleich zu 28% Frauen), bei Anhänger:innen der Grünen (46%), der GLP (47%) und der FDP (42%) zu beobachten. Die tiefste Mobilisierung hinsichtlich der Parteibindung ist bei Sympathisant:innen der SVP und bei Parteungebundenen (jeweils 21%) zu finden.

Die Mobilisierung entlang des Vertrauens in den Staatsrat ist zwar statistisch signifikant, zeugt aber nicht davon, dass misstrauische Stimmberechtigte vermehrt an die Urne gingen. Jene, die dem Staatsrat meistens vertrauen, waren etwas teilnahmefreudiger als jene, die ihm nur manchmal oder selten vertrauen (34% im Vergleich zu 28%). Dies erstaunt insofern nicht, als dass regierungsmisstrauische Stimmberechtigte generell eher nicht an Urnengängen teilnehmen.

Grafik 2



Regional betrachtet waren Stimmberechtigte aus städtischen Gebieten stärker mobilisiert als solche vom Land (34% vs. 27%). Verstärkt teilgenommen haben zudem französischsprachige Freiburger:innen im Vergleich zu deutschsprachigen (31% vs. 26%). Auf Bezirksebene sind keine signifikanten Unterschiede in der Teilnahme an der Abstimmung vom November 2023 auszumachen.

2.2 Meinungsbildung und Informationsarbeit

Rund um die Abstimmung über das erste Paket zur Aufgabenentflechtung zwischen Staat und Gemeinden finden sich deutliche Hinweise darauf, dass die stimmberechtigten Freiburger:innen sich in der Meinungsbildung schwertaten, was die tiefe Beteiligung miterklären dürfte.

Fast drei Viertel der Urnengänger:innen geben an, dass es ihnen eher schwer fiel sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild zur Abstimmungsvorlage zu machen. Dieser Umstand lässt sich damit erklären, dass diese spezifische Behördenvorlage eher technischer Natur war und nicht so leicht aus dem eigenen Alltag heraus beurteilt werden konnte.

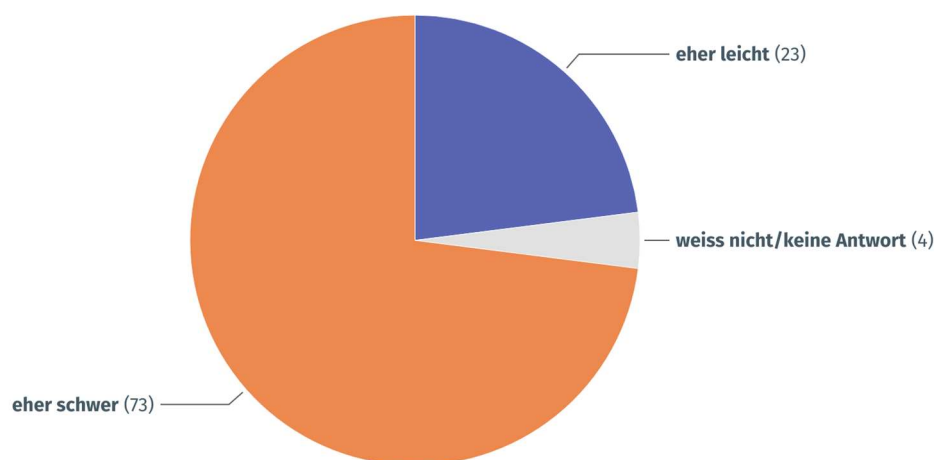
Dabei zeigen sich keine statistisch relevanten Unterschiede in den verschiedenen hier untersuchten Untergruppen, was bedeutet, dass die Meinungsbildung in allen gesellschaftlichen oder politischen Gruppen ähnlich schwer gefallen ist.

Grafik 3

Schwierigkeit Meinungsbildung

Ist es bei der Abstimmung zur DETTEC eher leicht oder eher schwer gewesen, sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild zum Abstimmungsthema zu machen?

in % Stimmberechtigte, die an der DETTEC-Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse FR, Dezember 2023 / Januar 2024 (n=1031)

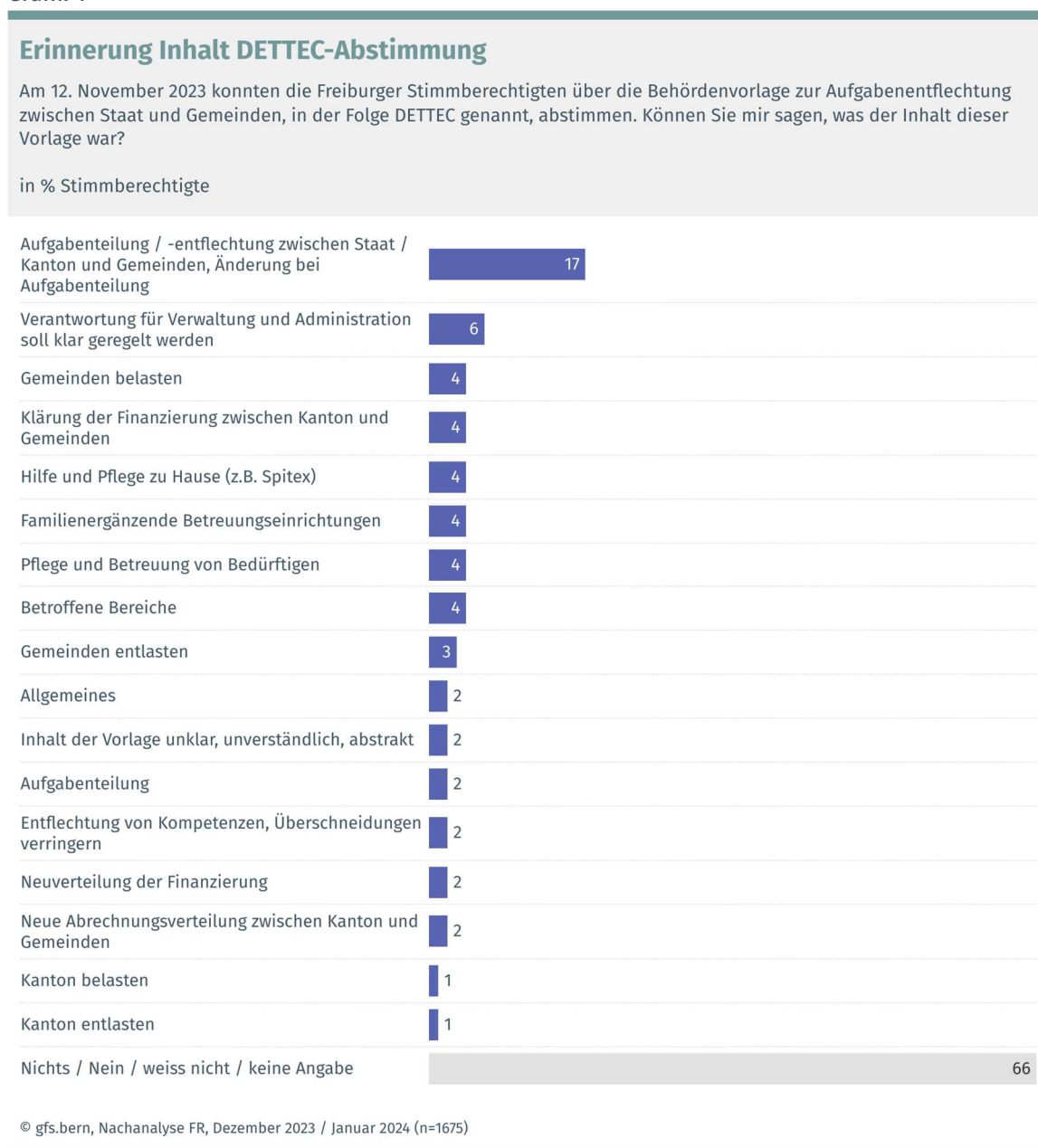
Verschärfend kommt hinzu, dass sich verschiedene Parteien in der Frage der DETTEC gespalten zeigten, womit eine wichtige Orientierungsgrösse für die Meinungsbildung – gerade zu hochkomplexen Vorlagen – zu einem gewissen Grad entfiel. Und auch die direktbetroffenen Gemeinden vertraten keine geeinte Haltung zur Aufgabenentflechtung.

Die Ablehnung der DETTEC-Vorlage beruht somit zumindest teilweise auf einer inhaltlichen Überforderung, und die Stimmbevölkerung gab letztlich dem bekannten Status quo zu 56.2 Prozent den Vorrang.

Die Komplexität der DETTEC-Vorlage widerspiegelt sich im Gehalt der offenen Antworten: Die Erinnerungen der Befragten an die Abstimmung fallen wenig differenziert aus. Davon zeugt der graue Balken auf der untenstehenden Grafik. Auf die Frage, was der Inhalt der DETTEC-Vorlage war, antworten zwei Drittel der Befragten, dass sie dies nicht wissen oder nicht näher beschreiben können.

Inhaltlich Nennungen auf diese Frage bleiben denn auch eher oberflächlich. Mit Abstand am meisten wurde die Aufgabenentflechtung oder einfach der Name der Vorlage per se genannt (17%). Auf dem zweiten Rang nennen 6 Prozent der stimmberechtigten Freiburger:innen die klare Regelung der Verantwortung für die Verwaltung und Administration. Dahinter folgen Einzelnennungen von Teilbereichen der angestrebten Revision.

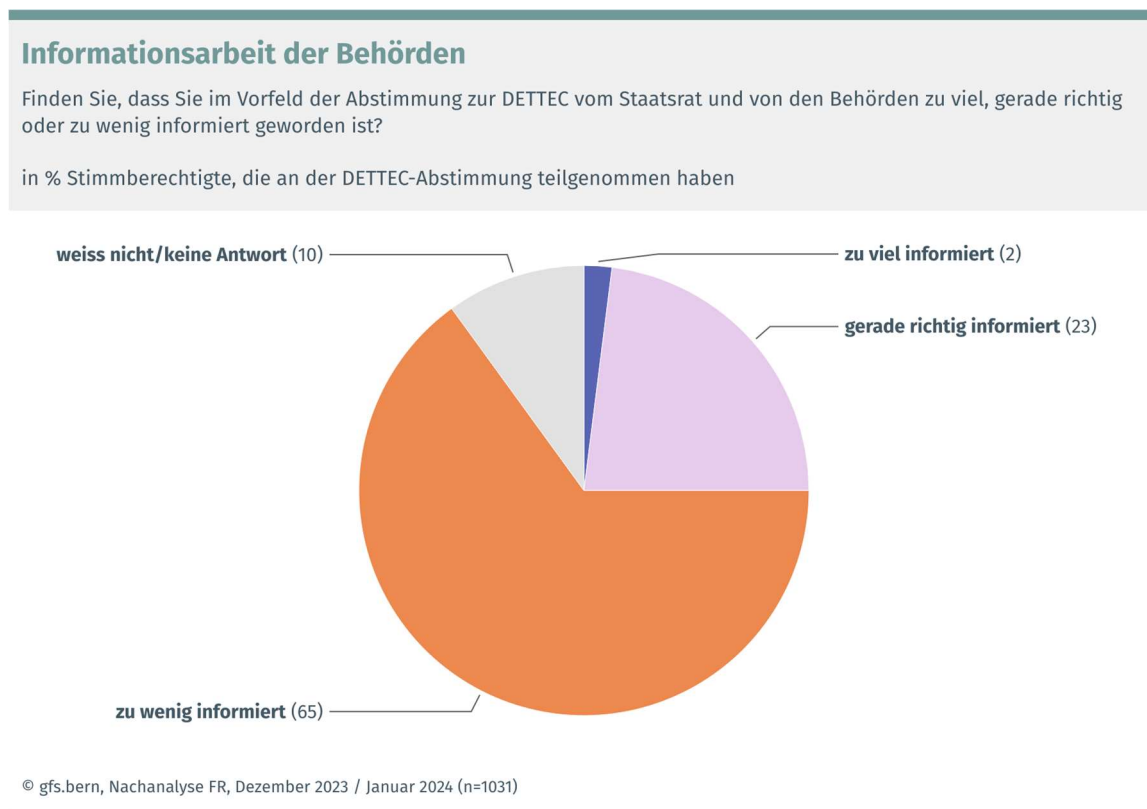
Grafik 4



Insofern überrascht es wenig, dass eine Mehrheit der Freiburger Stimmbevölkerung ein Informationsdefizit rund um diese Abstimmung wahrnahm: Rund zwei Drittel bewerteten die Informationsarbeit der Behörden als zu tief, und nur die allerwenigsten nahmen eine übermässige Informationspolitik wahr. Für rund jede vierte Person haben die Behörden aber gerade richtig informiert.

In dieser Einschätzung sind sich die Befragten über alle gesellschaftlichen und politischen Untergruppen hinweg grundsätzlich einig.

Grafik 5



Hinsichtlich der Ausgewogenheit der Behördeninformationen sind die Urnengänger:innen in fast zwei gleich grosse Gruppen gespalten: 38 Prozent bezeichneten die Informationen als (eher) neutral und 40 Prozent fanden sie (eher) einseitig. Etwas mehr als jede:r Fünfte konnte oder wollte auf diese Frage keine Antwort geben. Diese Einschätzung korreliert stark mit dem grundsätzlichen Vertrauen dem Staatsrat gegenüber: Wer dem Staatsrat häufig oder meistens Vertrauen entgegenbringt fand die Informationsarbeit zur DETTEC-Abstimmung tendenziell neutral (45% eher/sehr neutral vs. 34% eher/sehr einseitig). Wer dem Staatsrat nur manchmal oder selten vertraut, fand die Informationsarbeit tendenziös (50% eher/sehr einseitig vs. 28% eher neutral).

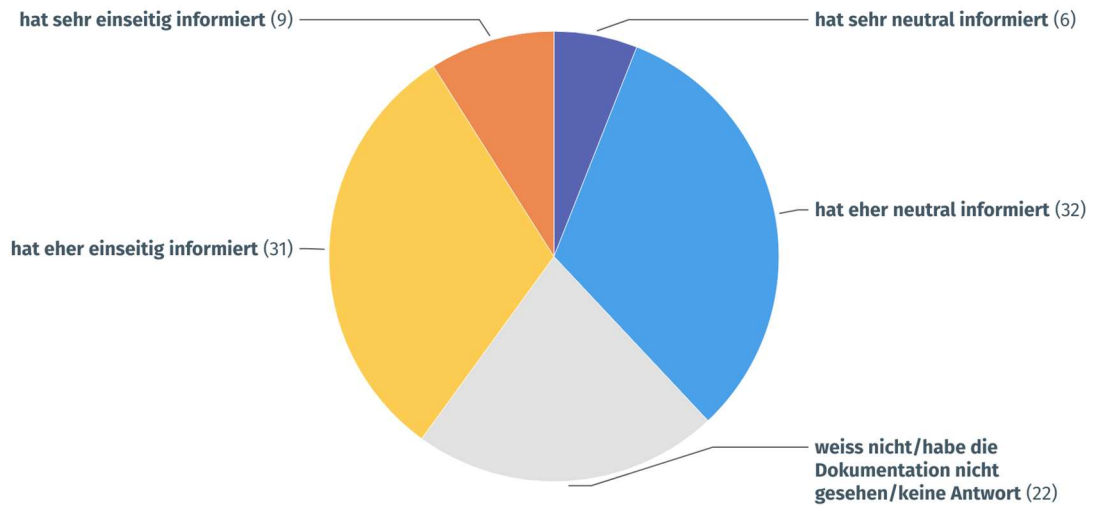
Somit fällt die Beurteilung der Informationsarbeit durch die Behörden ambivalent aus, und es zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zum Stimmverhalten: Stimmberechtigte, die ein Ja in die Urne gelegt haben, empfanden die Information durch den Staatsrat und die Behörden als ausgewogen. Solche die Nein gestimmt haben, empfanden die Informationen als einseitig.

Grafik 6

Ausgewogenheit der Behördeninformationen

Und finden Sie, dass der Staatsrat und die Behörden bei der Abstimmung zur DETTEC vor der Abstimmung neutral oder einseitig informiert hat?

in % Stimmberechtigte, die an der DETTEC-Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse FR, Dezember 2023 / Januar 2024 (n=1031)

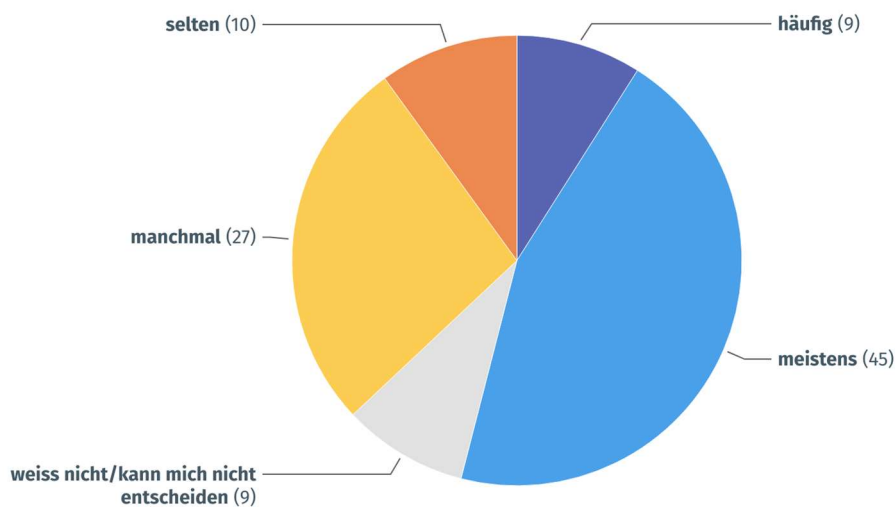
Von einem grundsätzlichen Vertrauensproblem gegenüber dem Freiburger Staatsrat zu sprechen wäre jedoch verfehlt. 54 Prozent der Freiburger:innen vertrauen mindestens meistens darauf, dass der Staatsrat im Allgemeinen gute Entscheidungen für sie trifft.

Grafik 7

Vertrauen in den Staatsrat

Vertrauen Sie dem Staatsrat im Allgemeinen, dass er gute Entscheidungen für die Bevölkerung des Kantons Freiburg trifft?

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Nachanalyse FR, Dezember 2023 / Januar 2024 (N=1676)

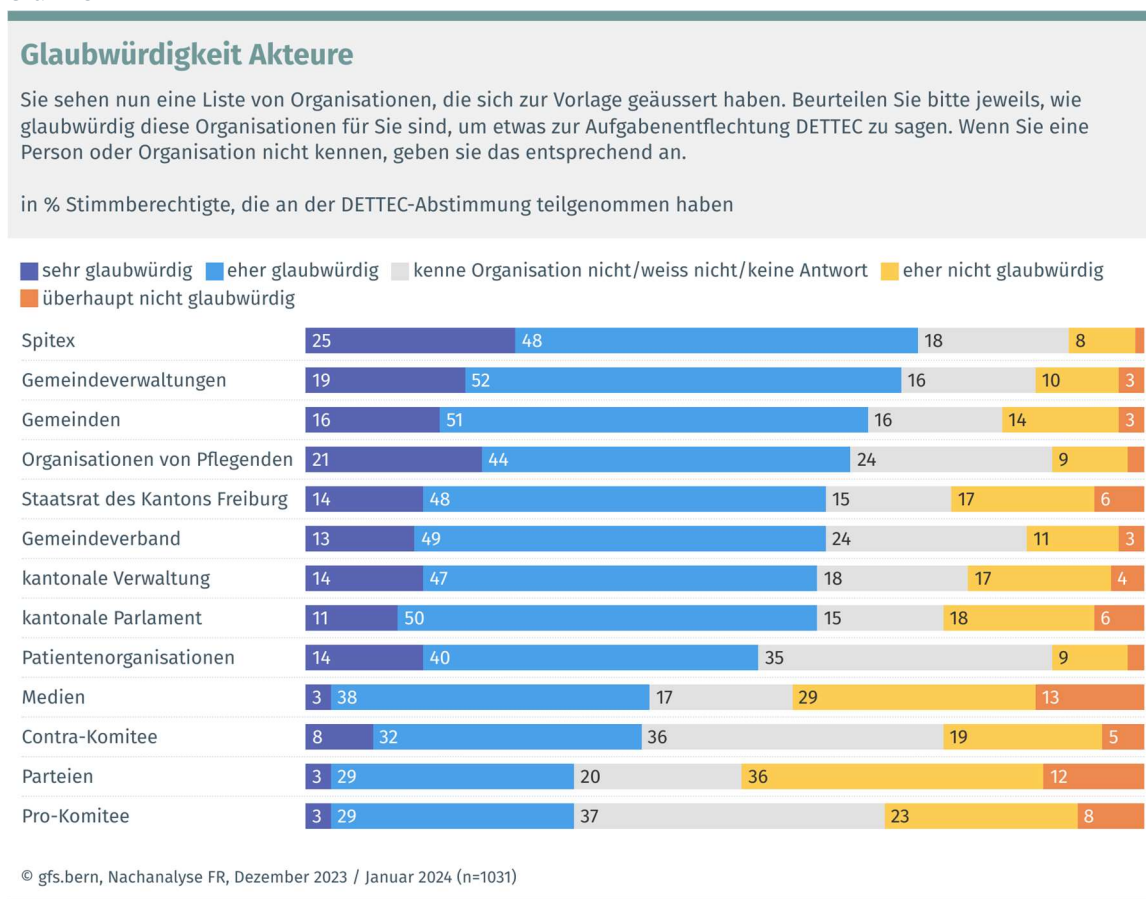
Pensionierte und Personen die sich Mitte-Parteien zugehörig fühlen, hegen dabei ein etwas grösseres Vertrauen gegenüber dem Staatsrat als jüngere Personen oder solche die Polparteien nahestehen oder parteipolitisch ungebunden sind.

In Bezug auf die Glaubwürdigkeit weiterer Akteure im Kontext der DETTEC-Abstimmung zeigt sich, dass die Spitex und die Gemeinden und deren Verwaltungen als am glaubwürdigsten beurteilt wurden (Werte zwischen 67% und 73%). Doch geniessen auch die meisten anderen abgefragten Organisationen das Vertrauen einer absoluten Mehrheit. Das gilt insbesondere auch in diesem spezifischen Kontext für den Staatsrat des Kantons Freiburg und die kantonale Verwaltung und Akteure aus dem Gesundheitswesen.

Eine Ausnahme davon ist das Contra-Komitee, welches lediglich eine relative Mehrheit zu überzeugen vermochte (40%), was angesichts des ablehnenden Stimmentscheids bemerkenswert ist. Polarisiert ist die Stimmbürgerschaft bei den Medien (41% glaubwürdig vs. 42% unglaubwürdig) und beim Pro-Komitee (32% vs. 31%).

Mangelhafte Glaubwürdigkeit ist bei den Parteien zu beobachten, da eine relative Mehrheit von deren Glaubwürdigkeit in Bezug auf die DETTEC nicht überzeugt ist (48%).

Grafik 8



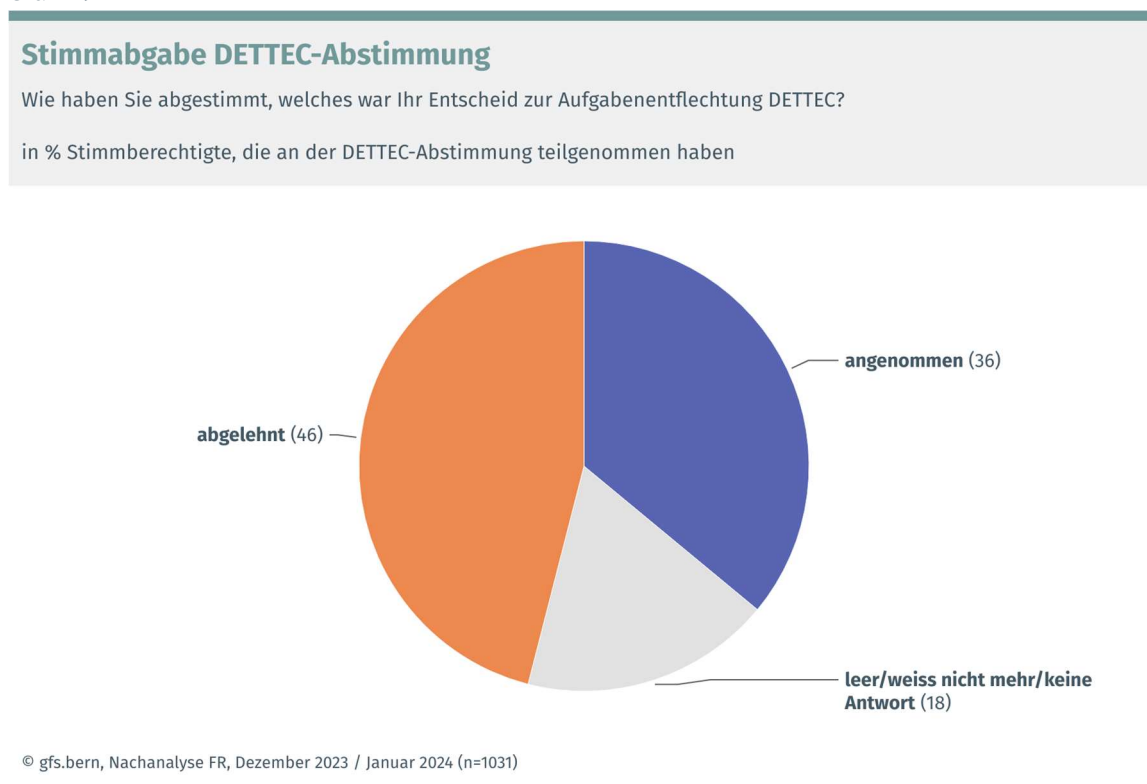
Unmittelbar von der Reform betroffenen Akteuren attestiert man also eine hohe Glaubwürdigkeit, und sie sind wichtige Orientierungsgrössen in Abstimmungskämpfen. Die Spitex und Organisationen von Pflegenden erweisen sich für Stimmberechtigte, welche die DETTEC-Vorlage abgelehnt haben, als besonders glaubwürdige Akteure (Spitex: Ja-

Stimmende 68%, Nein-Stimmende 81% eher/sehr glaubwürdig, Pflegenden Organisationen: 60% vs. 73%). Die Gemeinden, der Grosse Rat und die kantonale Verwaltung geniessen dagegen bei Stimmberechtigten welche die Vorlage angenommen haben erhöhtes Vertrauen (Gemeinden: Ja-Stimmende 73%, Nein-Stimmende 64% eher/sehr glaubwürdig, grosser Rat: 76% vs. 50%, kantonale Verwaltung: 73% vs. 53%).

2.3 Konfliktmuster des Stimmenscheids

Auf dieser strukturellen Basis entschieden sich die Urnengänger:innen mehrheitlich gegen die DETTEC-Vorlage. Für Behördenvorlagen sind ablehnende Stimmenscheide die Ausnahme. Auf nationaler Ebene sind Behördenvorlagen in aller Regel erfolgreich, während Initiativen in aller Regel scheitern.

Grafik 9

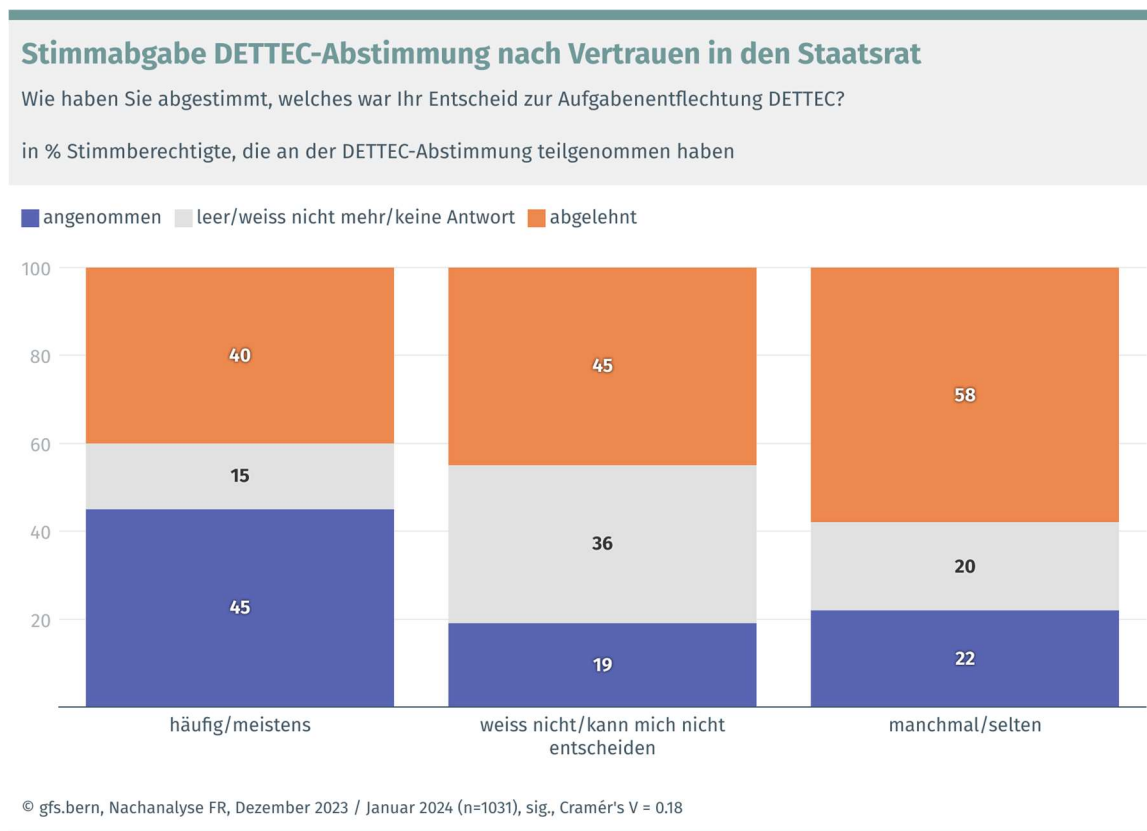


In der Folge soll ein Überblick über das Stimmverhalten verschiedener Subgruppen zeigen in welchen Milieus die Vorlage auf Ablehnung stiess.

Obwohl Stimmberechtigte, die dem Freiburger Staatsrat mit Misstrauen begegnen nicht überdurchschnittlich mobilisiert waren, haben sie die DETTEC-Vorlage deutlich abgelehnt. Ein kritisches Stimmverhalten bei Behördenvorlagen ist für solche misstrauischen Stimmbürger:innen ein bekanntes Phänomen, das sich auch bei nationalen Abstimmungen immer wieder zeigt.

Demgegenüber genügte es nicht, dass die mehrheitlich ausgeprägte Gruppe der Politikvertrauenden die Vorlage relativmehrheitlich gutgeheissen hat.

Grafik 10



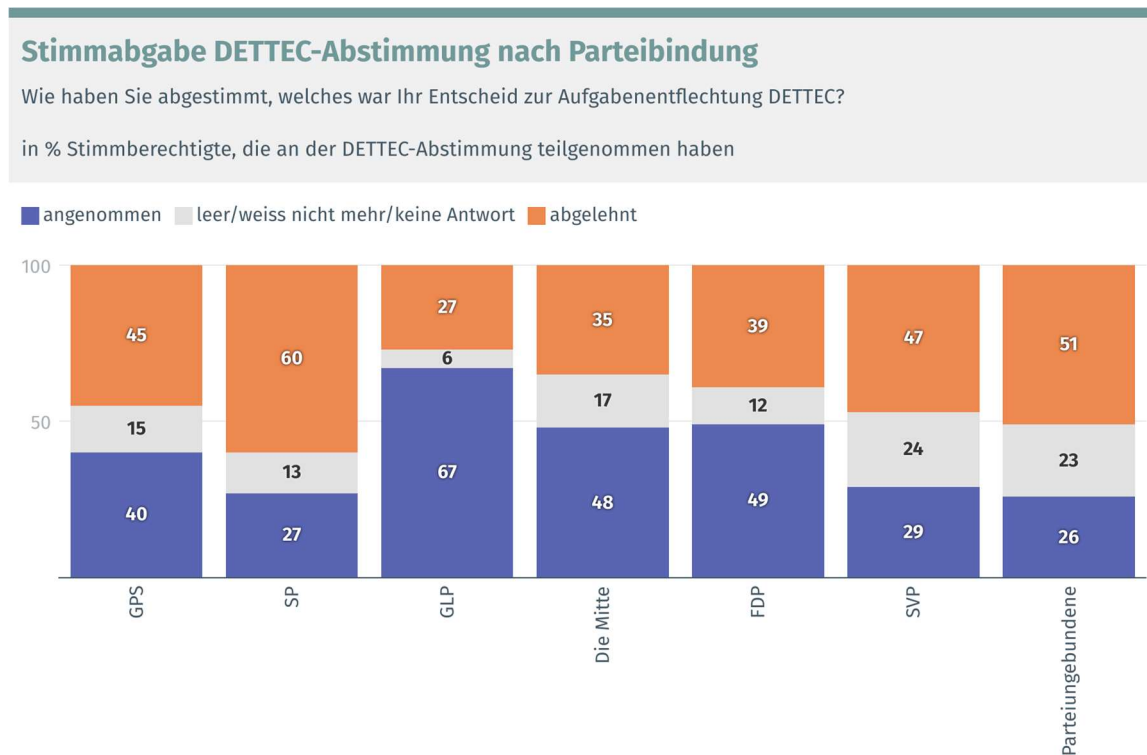
Weiter zeigen sich relevante Unterschiede entlang der Parteiaffinität: Eine absolutmehrheitliche Befürwortung der DETTEC-Vorlage ist lediglich im Lager der GLP (67%) zu finden. Relative Mehrheiten für die Vorlage finden sich bei der Mitte (48%) und der FDP (49%). Am deutlichsten fällt die Ablehnung im Lager der SP aus (60%), gefolgt von den Parteungebundenen (51%). Die SVP-Sympathisant:innen sprachen sich relativmehrheitlich gegen die DETTEC-Vorlage aus (47%).

Parolenseitig wurde das Vorhaben von den Freiburger Sektionen der GLP, der Mitte und der FDP getragen, während die Grünen, die SP und die SVP sich als Partei gegen die DETTEC-Vorlage stellten. Insofern stimmt das Konfliktmuster der Parteibasen (Stimmberechtigte) mit jenem der politischen Eliten (Parteien) überein.

Allerdings fiel der Entscheid mit Ausnahme der GLP- und der SP-nahen Stimmberechtigten sie der Parteiungebundenen wenig geschlossen aus. Bei Sympathisant:innen der Grünen, der Mitte, der FDP und der SVP stimmten relevante Anteile der jeweiligen Wählerschaft entgegen der Parole ihrer Mutterpartei.

Der parolenseitige Zangengriff von links und rechts brachte das Vorhaben letztlich mit parteiungebundenen Stimmberechtigten zusammen zu Fall.

Grafik 11



© gfs.bern, Nachanalyse FR, Dezember 2023 / Januar 2024 (n=992), sig., Cramér's V = 0.19

Keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Stimmabgabe hatten das Alter, das Geschlecht, der Gemeindetyp oder das Einkommen. So präsentiert sich der Stimmentscheid über die DETTEC-Vorlage in erster Linie als ein politisch geprägter.

2.4 Motive für und gegen die DETTEC-Vorlage

Stimmberechtigte Freiburger:innen wurden gebeten, ihren jeweiligen Entscheid zur DETTEC-Vorlage inhaltlich zu begründen. Ein erster auffälliger Punkt ist, dass mehr als jede:r vierte Ja-Stimmende (28%) spontan keinen konkreten Grund für den bejahenden Stimmentscheid angeben konnte.

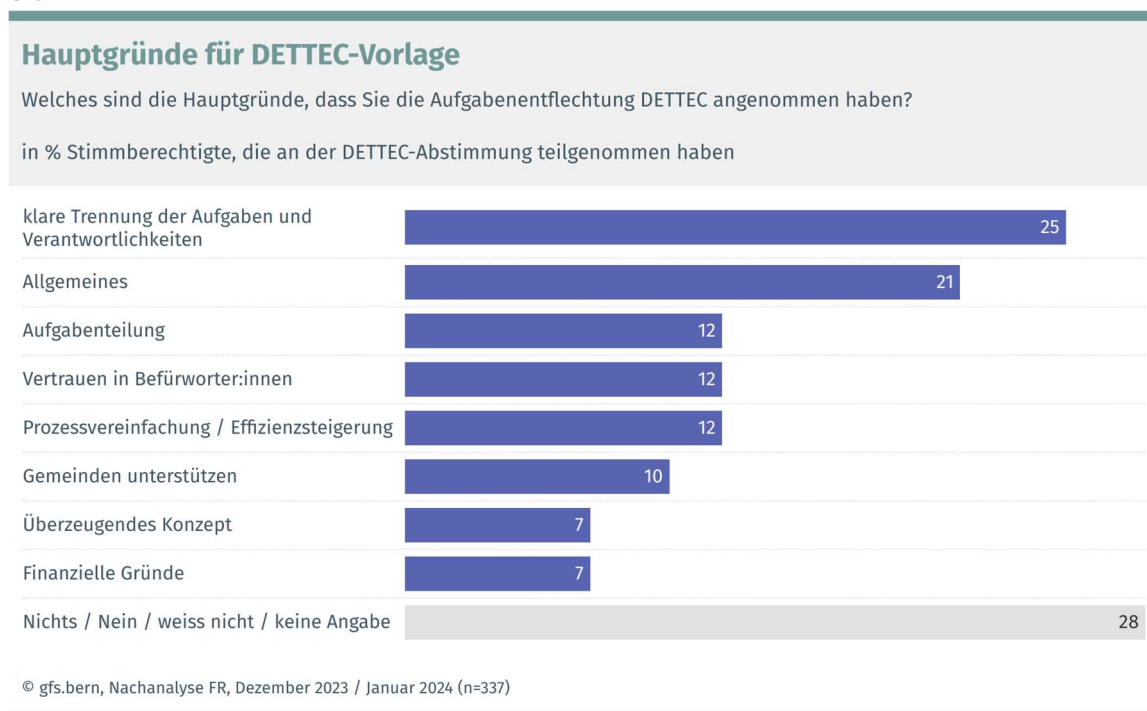
An zweiter Stelle nennt ein Viertel der Ja-Stimmenden die klare Trennung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten, welche die Vorlage mit sich bringt, als Hauptgrund für die Annahme.

Häufig wurden auch diffuse, allgemeine Gründe für die Annahme genannt. Unter anderem erachten die Stimmberechtigten die Annahme der Behördenvorlage als notwendig, um die aktuell herrschende Situation zu verbessern oder waren einfach der Auffassung, es müsse nun endlich vorwärts gehen.

Jeweils 12 Prozent der Freiburger Stimmbevölkerung, die der Vorlage zugestimmt haben, entschieden sich aufgrund der Aufgabenteilung, dem Vertrauen in die Befürworter:innen oder der Prozessvereinfachung respektive der Effizienzsteigerung für ein Ja.

Weniger häufig spielten Überlegungen rund um die Unterstützung von Gemeinden (10%), ein überzeugendes Konzept (7%) oder die Finanzen (7%) eine Rolle.

Grafik 12



Offensichtlich gelang es nicht wirklich, die Vorzüge der Reform aufzuzeigen und verständlich zu machen, denn die Gründe für ein Ja zur DETTEC-Vorlage sind wenig konkret und der Entscheid wurde eher auf Basis von Vertrauen oder anderen, nicht mehr erinnernten Kriterien gefällt.

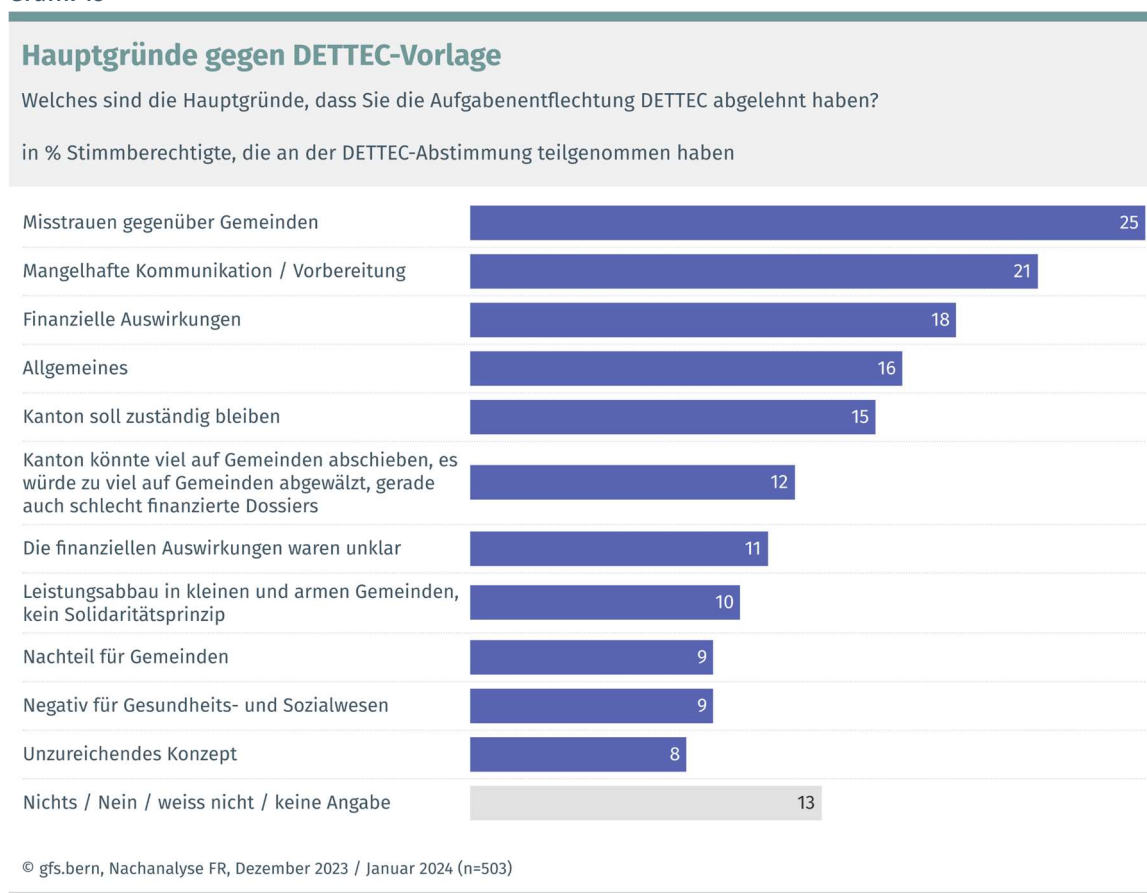
Während das Vertrauen in die Befürworter:innen für die Annahme entscheidend war, führte das Misstrauen gegenüber den Gemeinden zu einer Ablehnung der DETTEC-Vorlage: So begründet ein Viertel derjenigen, die ein Nein in die Urne gelegt haben, ihren Entscheid mit fehlendem Vertrauen. Dabei befürchteten Befragte konkret, dass etwa Gemeinden ungleich vorgehen würden oder reichere Gemeinden bessere Lösungen anbieten könnten als ärmere.

Am zweithäufigsten wird die mangelhafte Kommunikation und Vorbereitung als Grund für die Ablehnung genannt (21%). Unter diesem Punkt sind beispielsweise Nennungen wie «die Vorlage war unverständlich» oder «unklare Ziele und Auswirkungen» zu finden.

In ähnlicher Weise wurden auch von rund 18 beziehungsweise 11 Prozent angegeben, dass unklare finanzielle Auswirkungen und ein unzureichendes Konzept zu ihrer ablehnenden Haltung geführt haben.

Des Weiteren lehnen Stimmberechtigte die Vorlage ab, weil sie Nachteile in diversen Bereichen erwarten, so beispielsweise im Gesundheits- und Sozialwesen (9%) oder für die Gemeinden selbst (9%).

Grafik 13



Die spontan erinnerten Ja- wie Nein-Motive spiegeln die zuvor besprochenen Schwierigkeiten in der Meinungsbildung: Wenig konkrete Gründe dafür, Misstrauen, Zweifel und mangelhafte Kommunikation in Kombination mit Befürchtungen zu den finanziellen Auswirkungen der Reform führten in Kombination zu einem ablehnenden Entscheid.

2.5 Vielschichtigkeit des Neins trotz Akzeptanz der Pro-Argumente

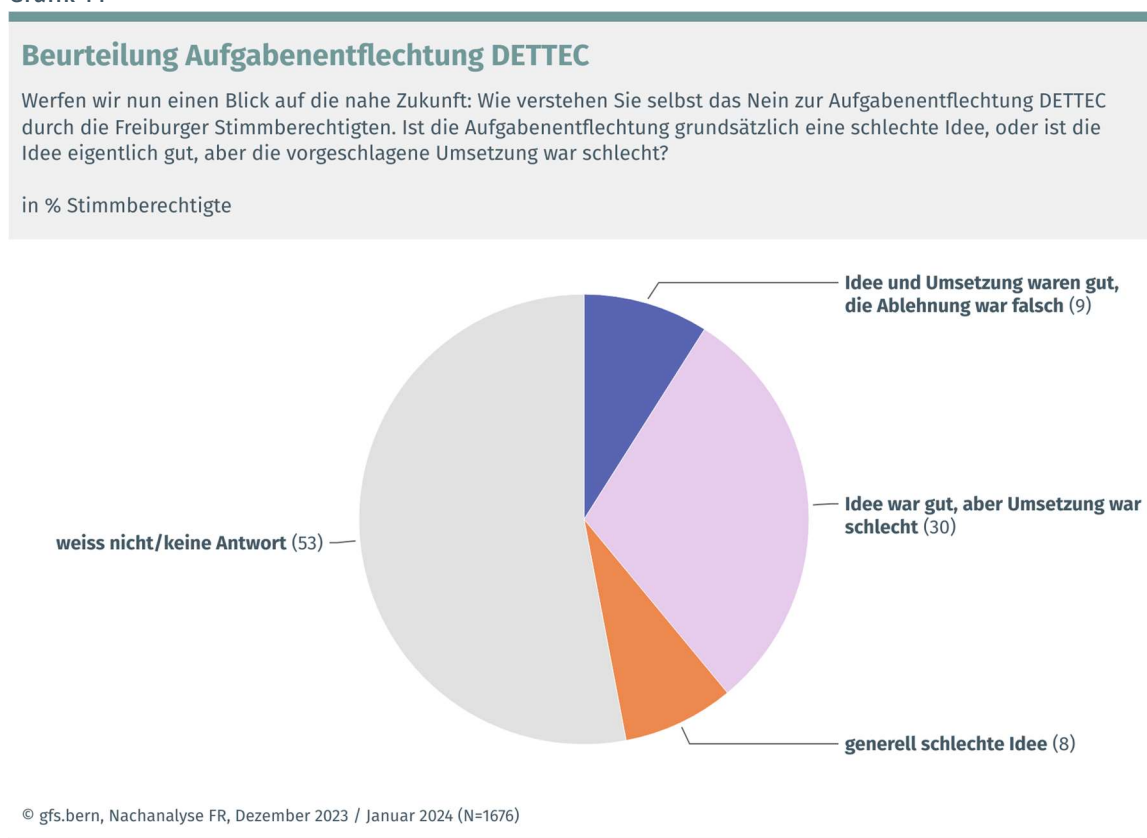
2.5.1 Grundsätzliche Beurteilung der Aufgabenentflechtung

Die attestierte Schwierigkeit bei der Meinungsbildung zeigt sich auch in der generellen Beurteilung der Aufgabenentflechtung in der nahen Zukunft: Über die Hälfte der Stimmberechtigten können oder wollen nicht beurteilen, ob die Aufgabenentflechtung grundsätzlich eine gute oder schlechte Idee ist respektive ob die geplante Umsetzung gut oder schlecht war.

Bei jenen die eine inhaltliche Angaben machen, ist die grundsätzliche Idee der Aufgabenentflechtung akzeptiert, auch wenn relevante Zweifel an der Umsetzung bestehen. 9 Prozent fanden die Idee und Umsetzung gut und bewerten die Ablehnung an der Urne als falsch. Weitere 30 Prozent sind der Ansicht, dass die Idee grundsätzlich gut ist, aber Optimierungspotential bei der Umsetzung vorhanden ist. Insbesondere in den Bezirken Glâne und Sense vertritt die Stimmbevölkerung vergleichsweise häufiger die Meinung, dass die Idee der DETTEC an sich zwar gut, aber die Umsetzung mangelhaft ist.

Lediglich eine kleine Minderheit findet jedoch die Aufgabenentflechtung per se eine schlechte Idee.

Grafik 14

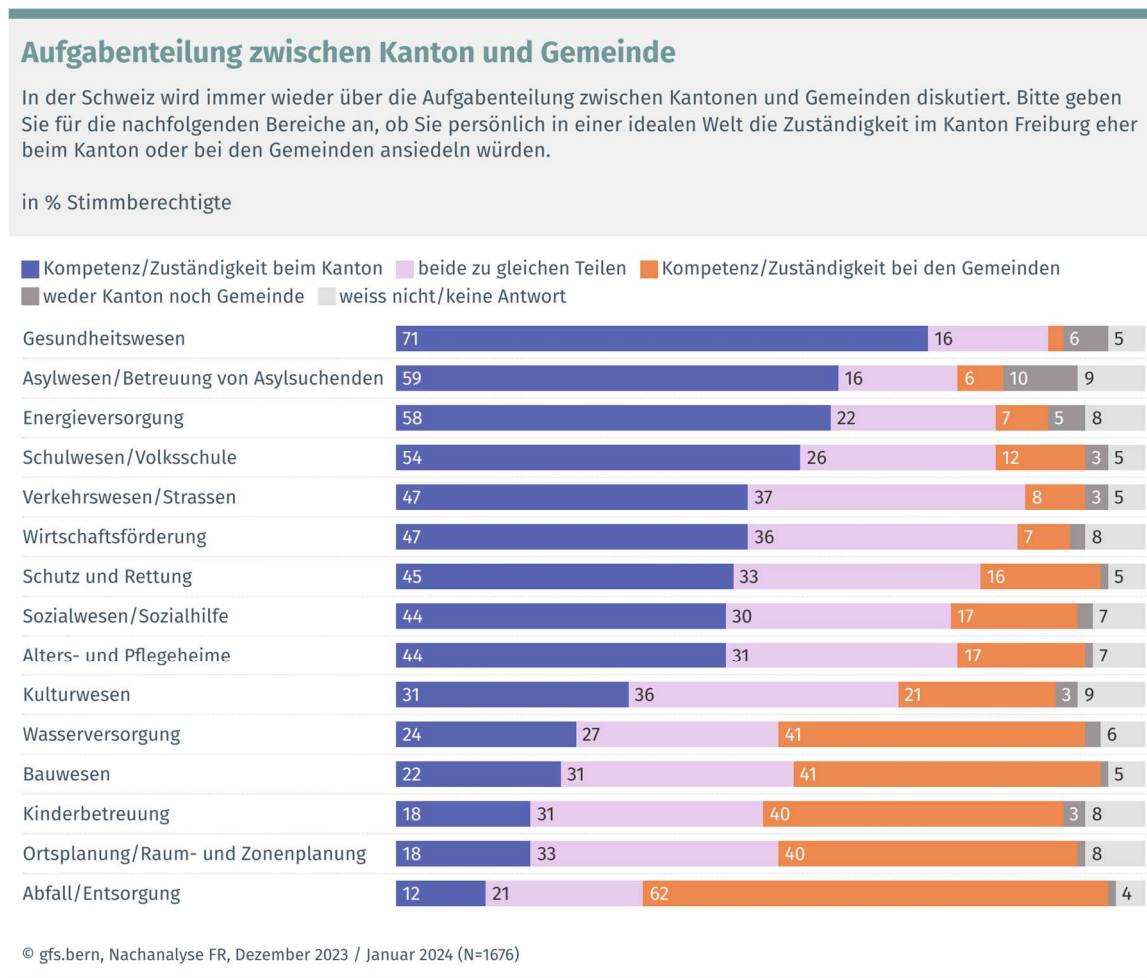


Die Aufgabenentflechtung an sich war entsprechend nicht das Hauptproblem, eher noch das konkret geschnürte Paket. Das zeigt die nachfolgende Grafik, welche die Präferenzen der Stimmberechtigten in Bezug auf Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden darstellt. Diese wurde für verschiedene Bereiche erfragt.

Mehrheiten wünschen sich für das Gesundheitswesen, das Asylwesen, die Energieversorgung und das Schulwesen die Zuständigkeit des Kantons. Die Gemeinden hingegen wären eindeutig für den Abfall und die Versorgung zuständig. Tendenziell sieht man auch die Wasserversorgung, das Bauwesen, die Kinderbetreuung sowie die Orts- und Zonenplanung in der Hoheit der Gemeinden.

Das Sozialwesen und die Sozialhilfe sowie die Alters- und Pflegeheime – beides Teile der DETTEC-Abstimmung – werden von 44 Prozent dem Aufgabenbereich des Kantons zugewiesen, während lediglich 17 Prozent davon überzeugt sind, die Gemeinden würden in der Verantwortung stehen. Eine gleichmässige Kompetenzaufteilung erachten jeweils rund 30 Prozent als sinnvoll.

Grafik 15



Ein Zusammenhang zwischen Stimmverhalten und der Einstellung zur Aufgabenteilung ist nur selten zu erkennen. Bei den Alters- und Pflegeheimen ist der Zusammenhang allerdings eminent: Personen, die nämlich ein Nein in die Urne gelegt haben, schreiben die Kompetenzen im Bereich Alters- und Pflegeheime tendenziell eher dem Kanton zu.

2.5.2 Pro- und Contra-Argumente

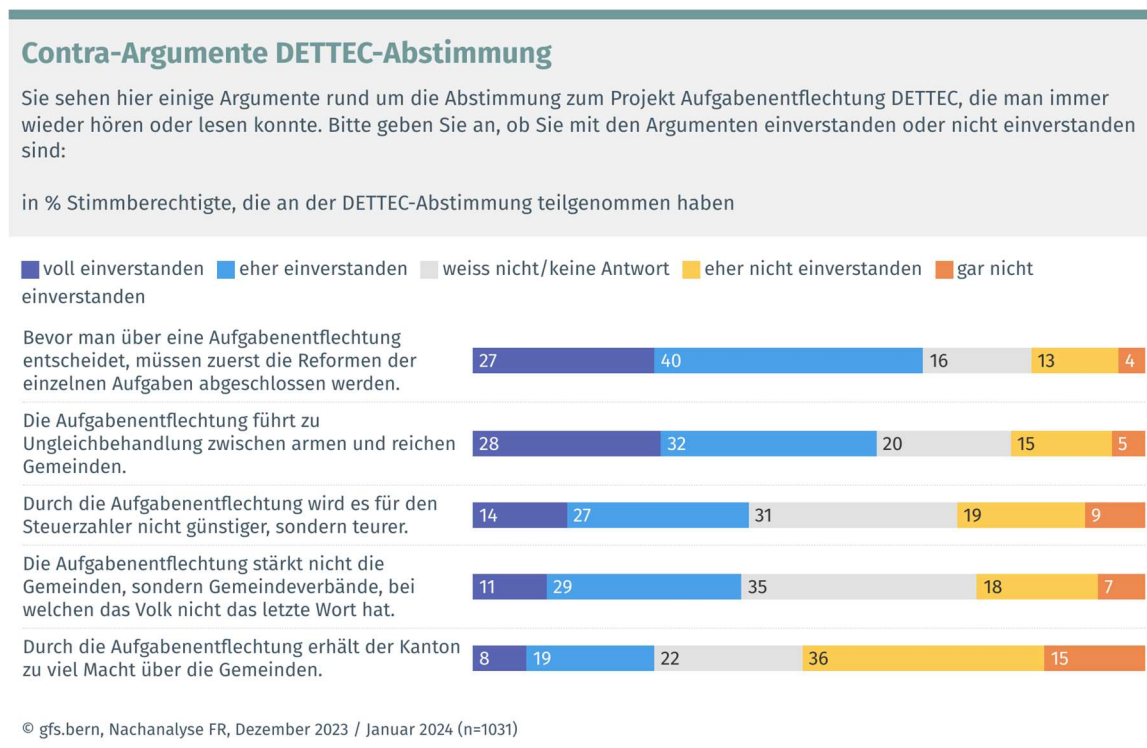
Anhand von 10 getesteten Pro- und Contra-Argumenten lässt sich darüber hinaus besser verstehen, welche inhaltlichen Faktoren dem ablehnenden Stimmentscheid zugrunde liegen.

Gesamthaft gesehen finden sich absolute Mehrheiten, welche eine Priorität beim Reformbedarf sehen, der die einzelnen Aufgaben betrifft (67%) und die eine aus der Aufgabenentflechtung resultierende Ungleichbehandlung zwischen armen und reichen Gemeinden befürchten (60%).

Relativmehrheitlich unterstützt werden die Argumente, dass die DETTEC-Vorlage Kosten für die Steuerzahlenden generiert (41%) und dass Gemeindeverbände anstelle der Gemeinden gestärkt werden, was dazu führe, dass das Volk nicht das letzte Wort habe (40%).

Von einer absoluten Mehrheit abgelehnt wird das Argument, dass die Aufgabenentflechtung zu einer zu grossen Macht des Kantons gegenüber den Gemeinden führt (51%).

Grafik 16



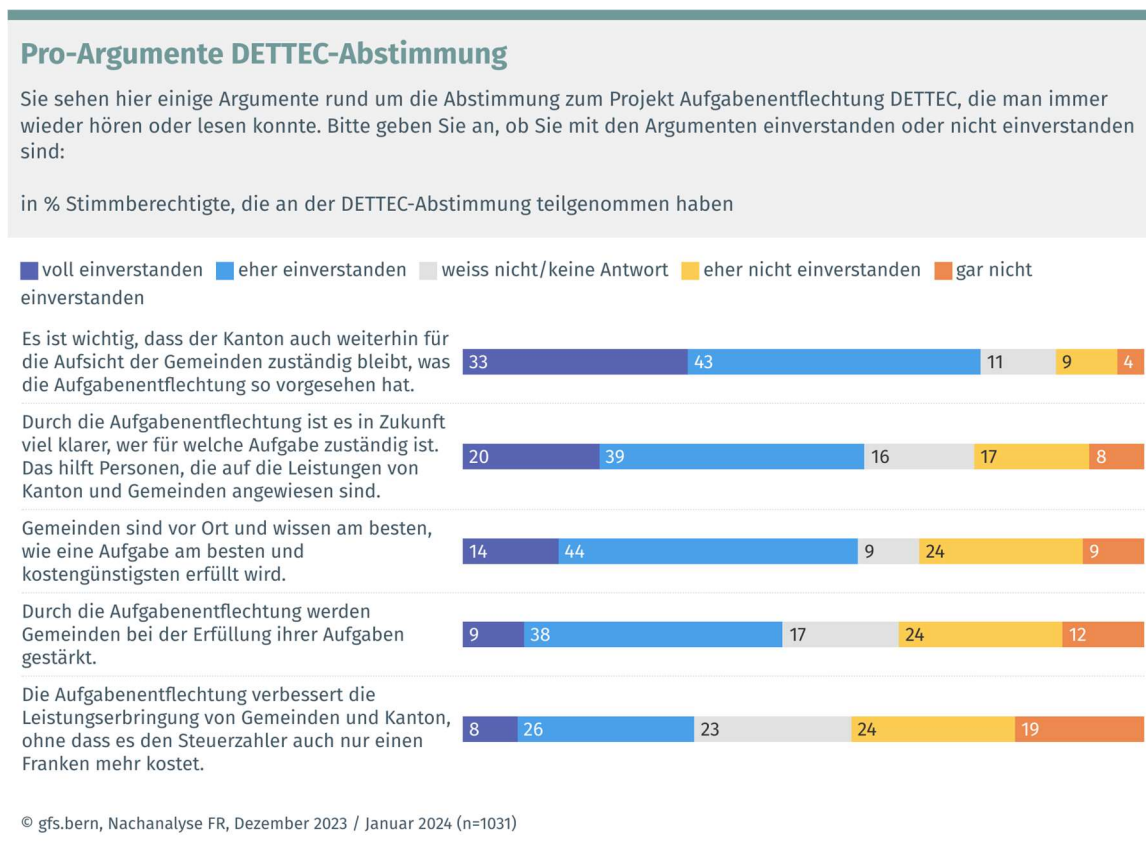
Das am stärksten unterstützte Pro-Argument ist jenes für die kantonale Aufsichtsfunktion über die Gemeinden, welche auch in der DETTEC-Vorlage so vorgesehen wurde (76% eher/voll einverstanden).

Ebenfalls breit geteilt werden die Ansichten, dass die Aufgabenentflechtung eine klarere Aufgabenverteilung ermöglicht, was auch den betroffenen Personen zugutekommt (59%) sowie dass die Gemeinden am besten wissen, wie Aufgaben idealerweise und kostengünstig erfüllt werden (58%).

Eine relative Mehrheit findet sich noch für das Argument, dass die Aufgabenentflechtung die Gemeinden bei ihrer Aufgabenerfüllung unterstützt (47%).

Weniger überzeugte hingegen das letzte hier getestete Pro-Argument: Eine relative Mehrheit der Teilnehmenden (43%) verwirft die Aussage, dass die Aufgabenentflechtung einen positiven Einfluss auf die Leistungserbringung hat, ohne dabei die Steuerzahler:innen finanziell zu belasten. Es ist aber festzuhalten, dass fast ein Viertel keine Beurteilung dieses Argumentes vornehmen wollte oder konnte.

Grafik 17



Vorteile der angestrebten Reform wurden somit durchaus breit anerkannt, dies mündete aber nicht zwangsläufig in ein Ja auf dem Stimmzettel. Ein Blick auf die Wirksamkeit der Argumente gemäss Regressionsanalyse belegt die inhaltliche Breite der Kritik an der Aufgabenentflechtung zwischen Staat und Gemeinden und erklärt den ablehnenden Stimmenscheid mit.

Darüber hinaus belegt diese multivariate Analyse der Argumente, dass die Entscheidung über die DETTEC-Vorlage nicht nur aus Überforderung oder Misstrauen zustande kam, sondern auch inhaltlich begründet war.

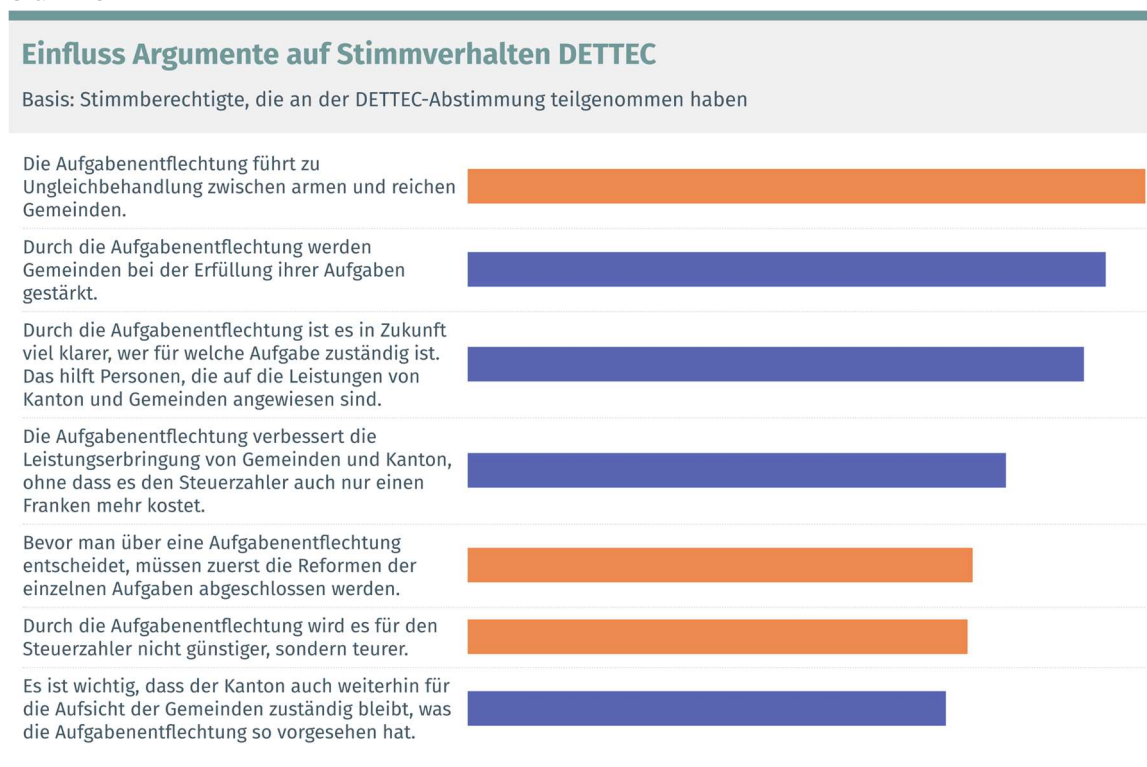
Sieben der zehn abgefragten Argumente hatten eine Wirkung auf den Stimmenscheid. Auf Basis dieser sieben Argumente lassen sich Stimmenscheide zur DETTEC zu 50 Prozent erklären. Das ist ein mittlerer Wert für die Modellgüte, und er besagt primär, dass gefällte Entscheide zur Vorlage weitaus mehr sind und waren als spontane Entschlüsse aus dem Bauch.

Keine Relevanz ermittelte die Analyse für das Pro-Argument, dass Gemeinden wegen ihrer Präsenz vor Ort am besten wissen, wie eine Aufgabe kosteneffizient und gut erfüllt wird. Und auch die beiden Contra Argumente zur Machtkonzentration beim Kanton oder den Gemeindeverbänden waren nicht entscheiderelevant.

Materiell ist die Vorlage an einem Bouquet aus Sorgen über die Ungleichbehandlungen zwischen armen und reichen Gemeinden, der Notwendigkeit von vorgelagerten Reformen bei den einzelnen Aufgaben sowie befürchteten Mehrkosten für die Steuerzahlenden gescheitert. Der Gegnerschaft gelang es im Rahmen des Abstimmungskampfes in diesen Punkten entscheiderelevante Zweifel zu säen.

Hingegen haben Stimmberechtigte mit erhöhter Wahrscheinlichkeit ein Ja in die Urne gelegt, wenn sie in der DETTEC-Vorlage eine Chance zur Stärkung der Gemeinden hinsichtlich ihrer Aufgabenerfüllung gesehen haben und sich eine klarere Aufgabenverteilung zugunsten der Betroffenen oder eine bessere Leistungserbringung ohne Mehrkosten für die Steuerzahlenden versprochen. Ein Ja wurde zudem begünstigt, wenn davon ausgegangen wurde, dass mit der Aufgabenentflechtung die Aufsichtshoheit des Kantons über die Gemeinden erhalten bleibt.

Grafik 18



© gfs.bern, Nachanalyse FR, Dezember 2023 / Januar 2024 (n=840), Erklärungsgrad: 50.0%

Lesehilfe: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier: Argumente) auf eine abhängige Variable (hier: Stimmverhalten DETTEC). Anhand der Balkenfarbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher eine positive Reaktion im Sinne von «Zustimmung» hervorruft (blau) oder eher eine negative Reaktion im Sinne von «Ablehnung» fördert (orange). Aussagen, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss. Das Modell erklärt 50 Prozent der Varianz in den Haltungen (korrigiertes R-Quadrat). Damit verfügt das Modell über eine mittlere Erklärungskraft. Alle Koeffizienten sind auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant.

3 Freiburger Gesundheitswesen

3.1 Einschätzungen zum Freiburger Gesundheitswesen

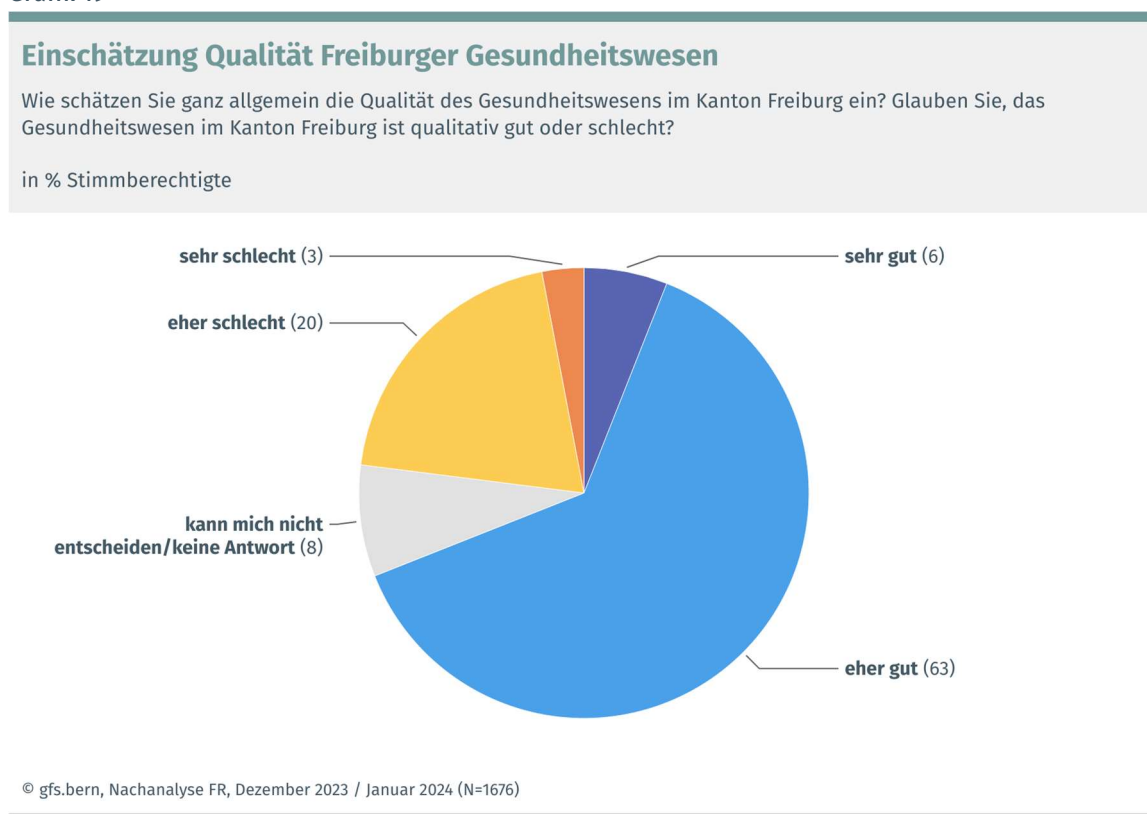
Die Freiburger Stimmberechtigten beurteilen ihr kantonales Gesundheitswesen mehrheitlich als gut (69%). 23 Prozent sind der gegensätzlichen Ansicht. Davon sind aber lediglich 3 Prozent der Meinung, dass das Gesundheitswesen im Kanton Freiburg qualitativ *sehr* schlecht ist.

Die Qualität wird statistisch signifikant höher eingeschätzt von Stimmberechtigten, die dem Staatsrat vertrauen (74% eher/sehr gut), während die Misstrauischen vermehrt gegenteiliger Meinung sind (30% eher/sehr schlecht). Die Berücksichtigung der Parteibindung zeigt, dass Sympathisant:innen der FDP (78%), GLP (73%) und SVP (69%) am zufriedensten sind mit der Qualität des Gesundheitswesens.

Im Mittelfeld finden sich die SP und die Mitte (jeweils 68%) sowie die Parteilosen (66%), während von Anhänger:innen der Grünen (63%) die Qualität des Gesundheitswesens vergleichsweise am tiefsten beurteilt wird.

Des Weiteren ergeben sich auch signifikante Unterschiede je nach Bezirk. Vergleichsweise bewerten Stimmbürger:innen der Bezirke Gruyère (74% eher/sehr gut), Sarine (71% eher/sehr gut) und Veveyse (70% eher/sehr gut) die Qualität im Gesundheitswesen äusserst gut. In den restlichen Bezirken (Broye 67%, Glâne 65%, See-Lac 64%, Sense 63%) liegen die Werte unter 70 Prozent.

Grafik 19



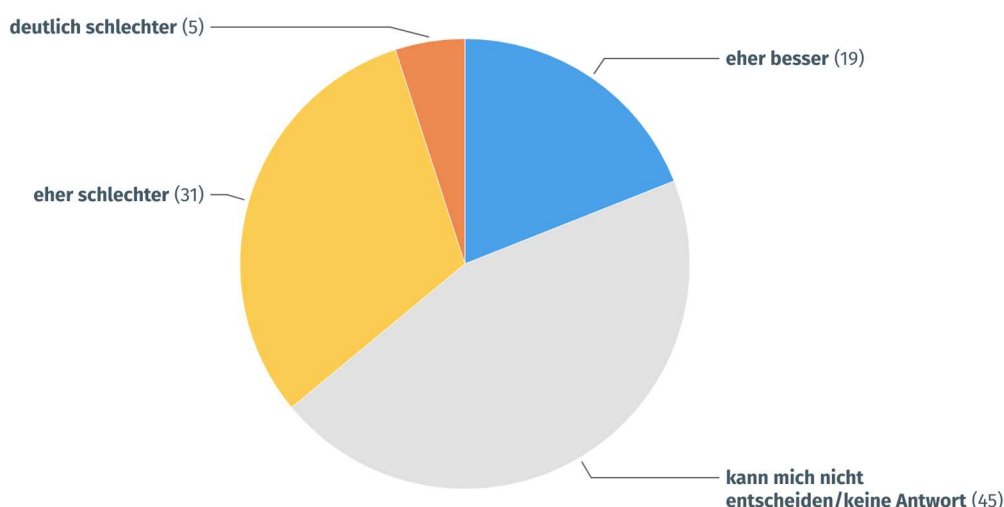
Beim Vergleich mit dem Rest der Schweiz kann oder will eine relative Mehrheit der Freiburger Stimmberechtigten kein Urteil treffen (45%). 36 Prozent sind der Ansicht, dass das Freiburger Gesundheitswesen schlechter abschneidet, 5 Prozent davon deutlich schlechter. Dem gegenüber steht rund ein Fünftel der Stimmberechtigten, welche der Ansicht sind, dass das eigene Gesundheitswesen im schweizweiten Vergleich eher besser abschneidet.

Grafik 20

Einschätzung Qualität Freiburger Gesundheitswesens im Vergleich zur Rest der Schweiz

Und wie schätzen Sie die Qualität des Freiburger Gesundheitswesens im Vergleich zu jenem der restlichen Schweiz ein? Glauben Sie, es ist qualitativ besser oder schlechter?

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Nachanalyse FR, Dezember 2023 / Januar 2024 (N=1676)

Die hohen Kosten des Gesundheitswesens sind gesamtschweizerisch ein viel und intensiv diskutiertes Thema. Auch an der Freiburger Stimmbevölkerung gehen die Gesundheitskosten nicht spurlos vorbei. So sehen die allermeisten die Kosten als eine Belastung für Haushalte mit mittlerem Einkommen an (94%). Von der Idee einkommensabhängiger Beiträge lässt sich zwar noch eine Mehrheit überzeugen, vergleichsweise ist die Zustimmung aber deutlich geringer (57%).

Die Kosten werden nicht nur privat als Hürde wahrgenommen, sondern auch im Spital und Klinikumfeld: Eine klare Mehrheit stimmt demnach der Aussage zu, dass der steigende Kostendruck zu einer Verschlechterung der Qualität führt.

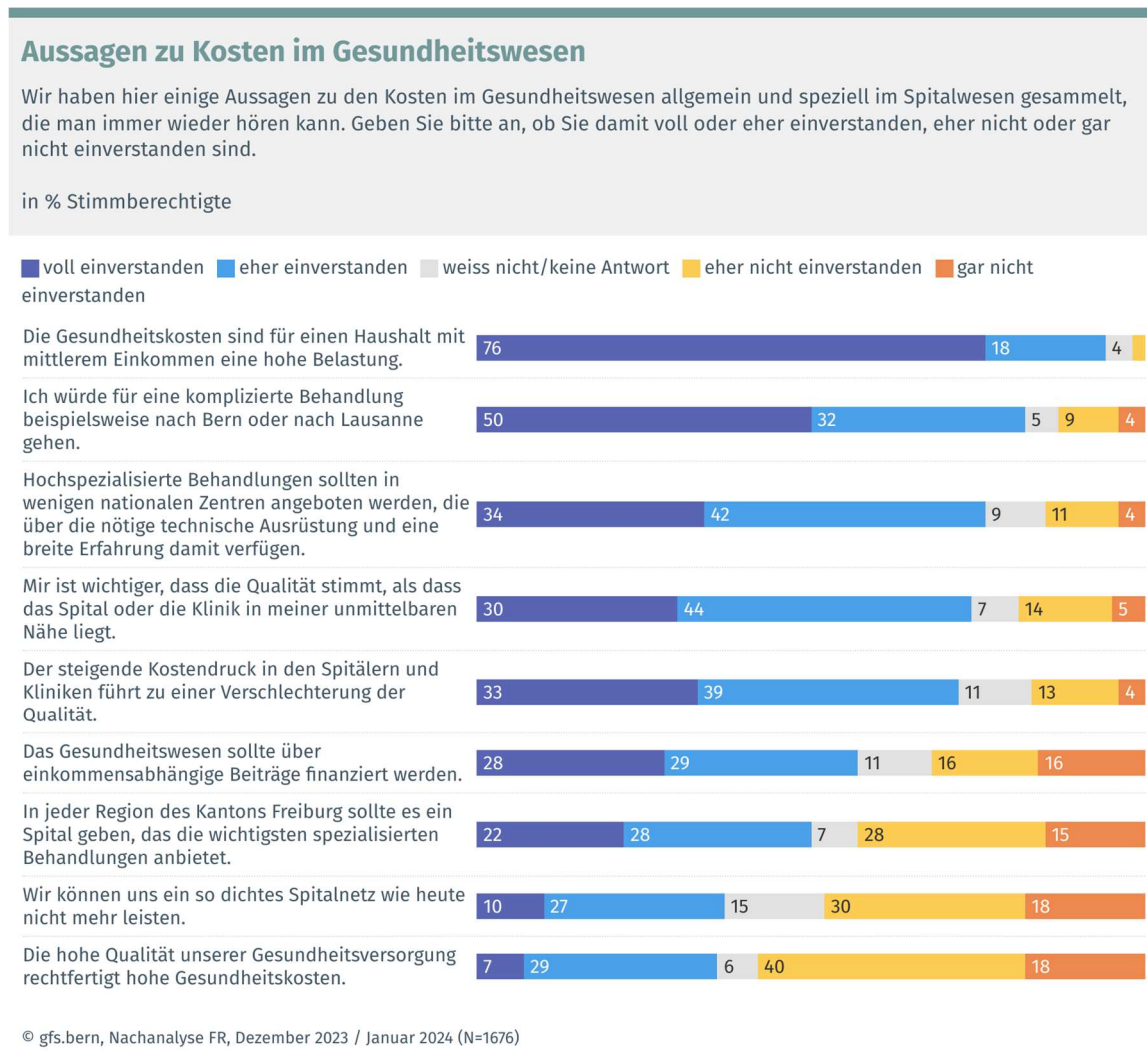
In den Augen von 58 Prozent der Freiburger Stimmbevölkerung rechtfertigt die hohe Qualität jedoch nicht die ausgeprägten Kosten im Gesundheitswesen.

Bei der Zentralisierungsdebatte zeigt sich eine klare Tendenz hin zu weniger Spitälern. Insbesondere, was die hochspezialisierten Behandlungen und die Qualität betrifft. So sind jeweils rund drei Viertel der Stimmbevölkerung der Meinung, hochspezialisierte Behandlungen sollten in wenigen nationalen Zentren angeboten werden und die Qualität

ist wichtiger, als dass ein Spital oder eine Klinik in unmittelbarer Nähe liegt. Dennoch wünscht sich die Hälfte der Freiburger Stimmbevölkerung in jeder Region des Kantons Freiburg ein Spital, welches die wichtigsten spezialisierten Behandlung anbietet.

Auch beim Umstand, ob wir uns ein dichtes Spitalnetz noch leisten können, sind die Konfliktlinien stärker akzentuiert. Eine relative Mehrheit äussert sich dahingehend, dass sich ihrer Meinung nach ein dichtes Spitalnetz finanzieren lässt (48%).

Grafik 21



Bei den meisten Argumenten zu den Kosten im Gesundheitswesen sind zwar signifikante Unterschiede nach Bezirken vorhanden, diese sind aber eher gradueller Natur. Im Kontrast dazu sind sich die Bewohner:innen nicht einig darüber, ob es im Kanton Freiburg ein Spital geben soll, das die wichtigsten spezialisierten Behandlungen anbietet. Die Stimmbürger:innen der Bezirke Sense (60%), See-Lac (53%) und Gruyère (53%) sind mehrheitlich dafür. Wohingegen sich die Stimmbevölkerung in Veveyse genau in zwei Lager spaltet und in Glâne (49%) sowie Broye (44%) sich lediglich eine relative Mehrheit für ein Spital mit spezialisierten Behandlungen im Kanton Freiburg ausspricht. Im Bezirk Sarine ist es lediglich eine Minderheit (44%).

3.2 Volksinitiative und Gegenvorschlag

Die Initiative «Für bürgernahe öffentliche Spitalnotaufnahmen 24/24» ist zum aktuellen Zeitpunkt zwei Dritteln der Stimmberechtigten noch gänzlich unbekannt. Jeweils 11 Prozent haben bereits etwas von der Initiative oder sowohl von der Initiative als auch vom Gegenvorschlag etwas mitbekommen.

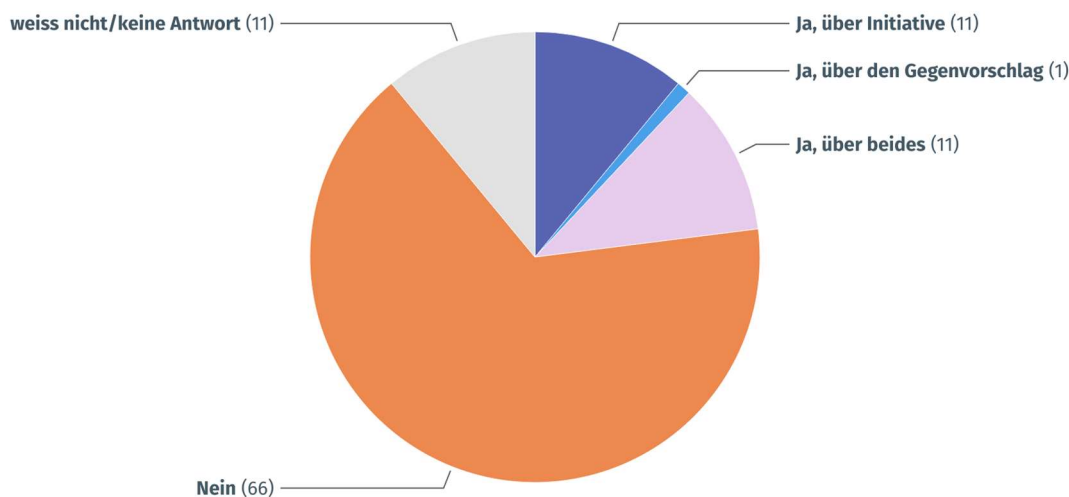
Alleine etwas vom Gegenvorschlag gehört, gelesen oder gesehen hat nur eine Minderheit (1%).

Grafik 22

Wahrnehmung Initiative und Gegenvorschlag

Haben Sie schon einmal etwas über die Initiative «Für bürgernahe öffentliche Spitalnotaufnahmen 24/24» und über einen Gegenvorschlag der Behörden gehört, gelesen oder gesehen?

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Nachanalyse FR, Dezember 2023 / Januar 2024 (N=1676)

Unter den Bezirken sticht hervor, dass die Stimmbürger:innen aus dem Bezirk Gruyère vergleichsweise häufiger schon von der Initiative gehört haben. Darüber hinaus ist die Akzeptanz der Initiative im Vergleich zu den anderen Bezirken im Kanton Freiburg höher. Da dem Gegenvorschlag im Bezirk Gruyère jedoch ähnlich hohe Sympathien entgegengebracht wird wie der Initiative, relativiert sich dieses Ergebnis.

Die noch weit verbreitete Unbekanntheit zeigt sich auch in der Beurteilung der Volksinitiative und des Gegenvorschlags, da ein Drittel der Stimmberechtigten kein Urteil darüber abgeben konnte oder wollte, welche der beiden Varianten die geeigneterere ist, um eine gute Notfallversorgung im gesamten Kanton zu gewährleisten.

Aktuell sieht eine relative Mehrheit den Gegenvorschlag (29%) gegenüber der Initiative (21%) als besser geeignet an. 12 Prozent finden beide Varianten gleich gut, während 5 Prozent der Ansicht sind, dass beide Lösungsvorschläge ungeeignet sind.

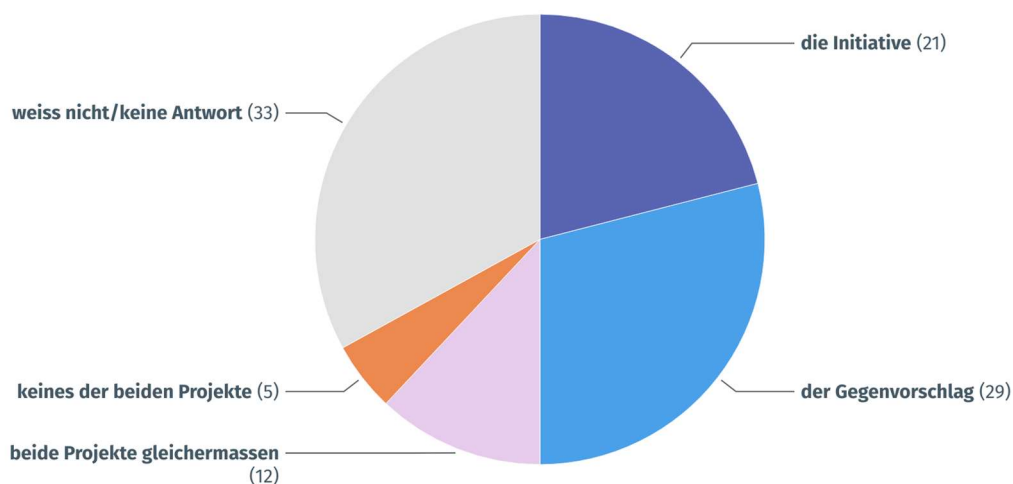
Im Umfeld der Mitteparteien fallen die frühen Beurteilungen eher zugunsten des Gegenvorschlages aus (GLP: 5% Initiative/51% Gegenvorschlag, Die Mitte: 18%/38%, FDP: 20%/39%). Tendenziell gilt dies – in allerdings deutlich abgeschwächter Form – auch für linke Wählergruppen (Grüne: 20%/29%, SP: 25%/36%). Sehr offen präsentiert sich die Situation aber im Umfeld der SVP (26%/24%) und bei Parteungebundenen (20%/22%).

Grafik 23

Beurteilung Initiative und Gegenvorschlag

Welches der beiden Projekte erachten Sie als geeigneter, um eine gute Notfallversorgung für den gesamten Kanton Freiburg zu gewährleisten?

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Nachanalyse FR, Dezember 2023 / Januar 2024 (N=1676)

Für die beiden Vorlagen sind unterschiedliche Argumentationslinien erkennbar, wie die spontan genannten Gründe einer Präferenz für die Initiative oder den Gegenvorschlag nachfolgend zeigen.

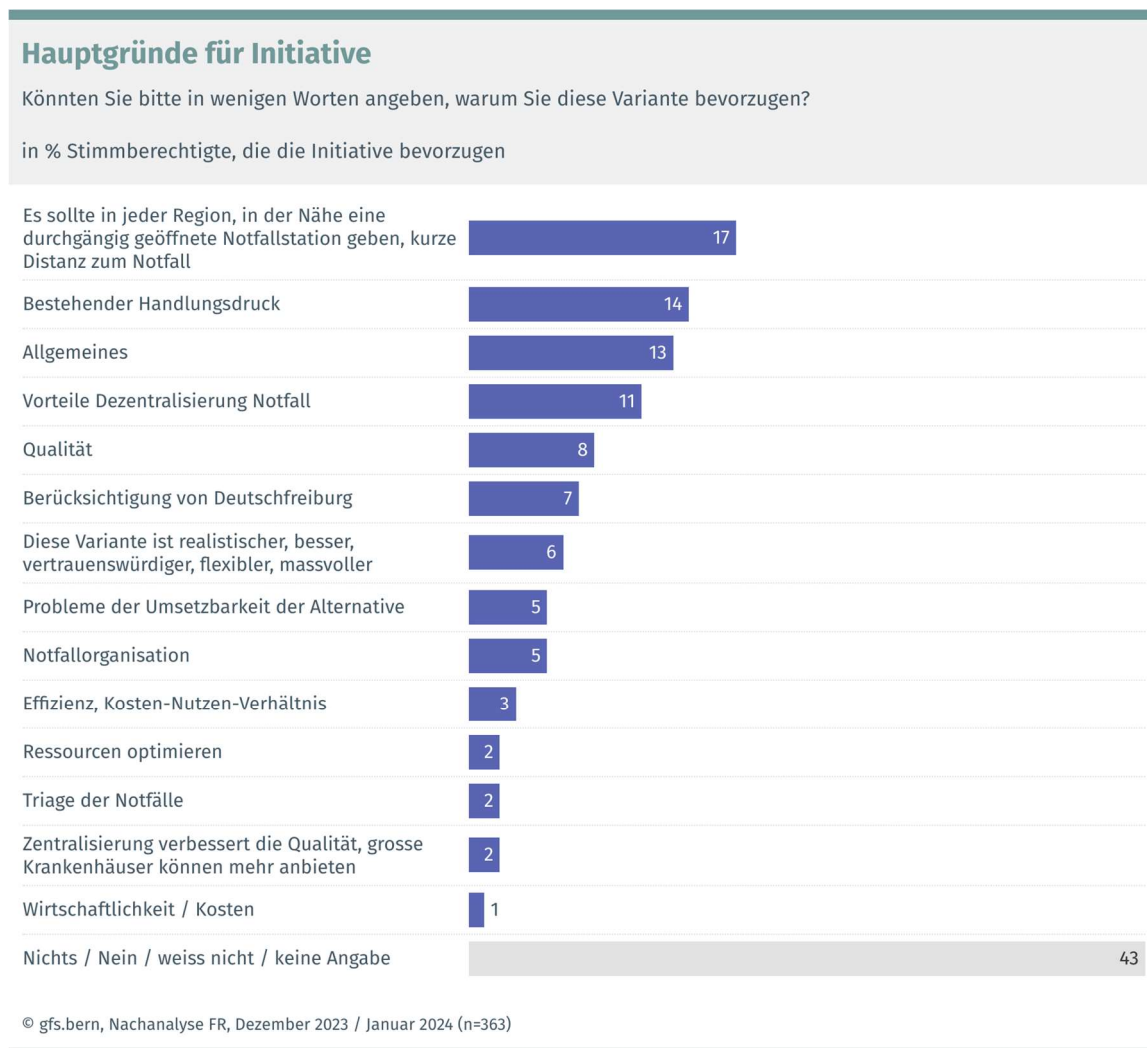
Der Tatbestand der wenig fortgeschrittenen Meinungsbildung bestätigt sich dabei: Die häufigsten Voten für die Initiative oder den Gegenvorschlag können nicht weiter inhaltlich begründet werden, was darauf hindeutet, dass sich ein Grossteil erst wenig mit diesen beiden Vorlagen auseinandergesetzt hat. Entsprechend sollte auch eher von Sympathien für eine der beiden Vorlagen als von manifesten Stimmabsichten die Rede sein. Davon abgesehen lassen sich die Motivlagen aber gut umreissen.

Jene Stimmberechtigten, welche der Initiative den Vorzug geben, betonen die Vorteile in der Dezentralisierung des Notfallsystems. Dies beinhaltet, dass die Grundversorgung in jedem Bezirk rundum gewährleistet ist sowie auch, dass die Notfallstationen regional und mit Nähe zur Stimmbevölkerung organisiert sind.

Zudem wird der bestehende Handlungsdruck häufig genannt, um den eigenen Entscheid für die Initiative zu begründen.

Weniger im Zentrum sind die weiteren Begründungen der Qualität der Versorgung, ökonomische Überlegungen oder die Ausarbeitung respektive die Überzeugungskraft der Initiative.

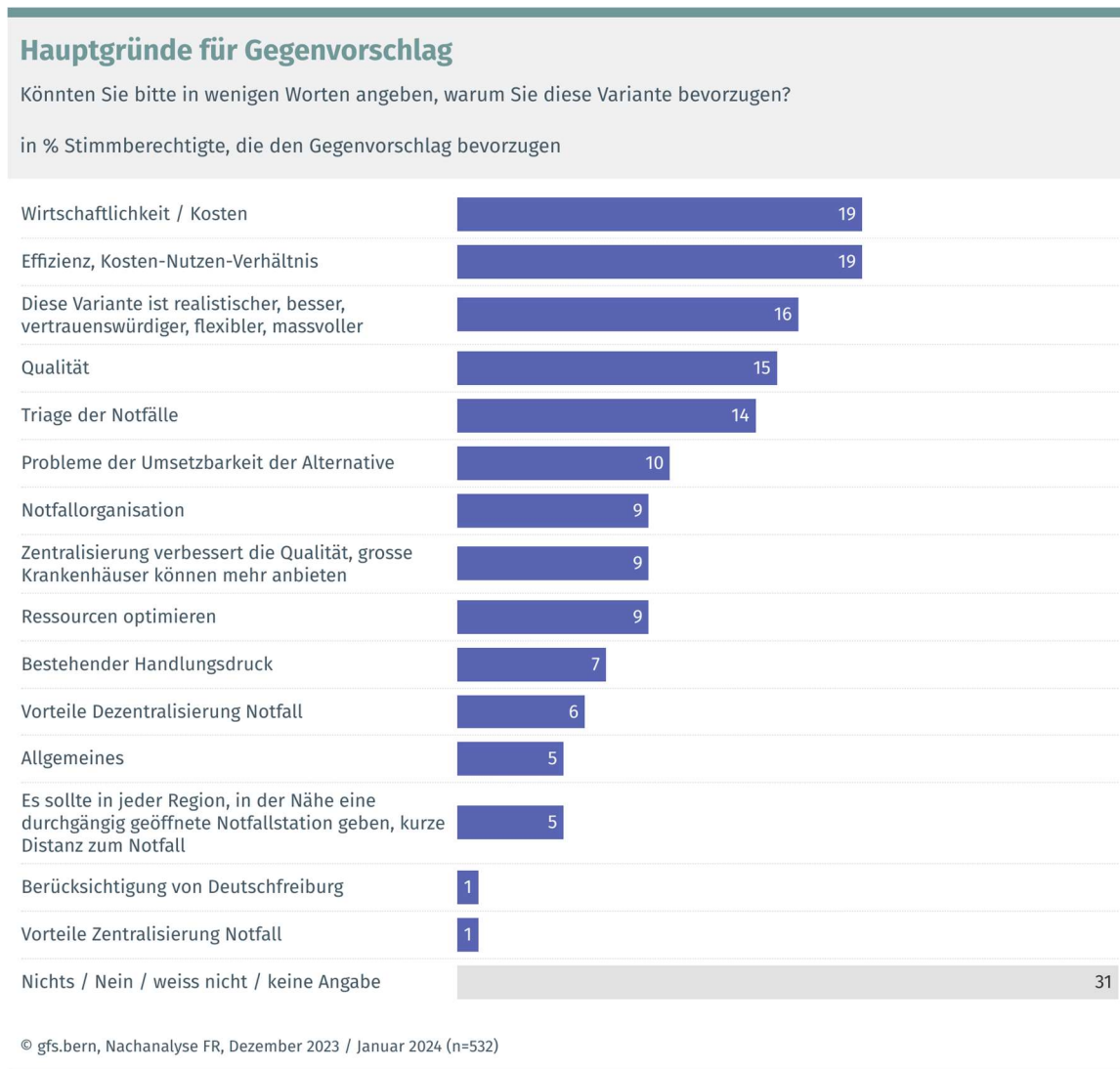
Grafik 24



Stimmberechtigte, die den Gegenvorschlag bevorzugen, begründen ihre Entscheidung dagegen hauptsächlich mit ökonomischen Motiven, der Qualität oder der besseren Ausarbeitung der Vorlage.

Die Vorteile einer Dezentralisierung oder der bestehende Handlungsdruck werden zwar ebenfalls aufgeführt, sind jedoch von geringerer Bedeutung. Eher werden Probleme der Umsetzbarkeit der Initiative ins Feld geführt.

Grafik 25



Insgesamt fünf Aussagen zu den Kosten im Gesundheitswesen zeigen eine Wirkung auf die Wahl der jeweiligen Vorlage. Die von den Befragten oben angegebenen Begründungen werden durch die nachstehend abgebildete Regression gestützt.

Zwei Argumente wirken sich signifikant positiv auf die Initiative aus (orange eingefärbt). So teilen jene Befragten welche die Initiative bevorzugen eher die Auffassung, dass die Gesundheitskosten für einen Haushalt mit mittlerem Einkommen eine hohe Belastung darstellen. Dies kann als Anspruchshaltung gelesen werden: Wir zahlen viel und wollen auch entsprechende Leistungen dafür. Ebenfalls relevant zeigt sich die gesamtschweizerische Dezentralisierung im Spitalwesen und mit ihr die Zugänglichkeit zu Behandlungen. Sind die Befragten nämlich der Meinung, in den Regionen des Kantons Freiburg

sollte es je ein Spital geben, das die wichtigsten spezialisierten Behandlungen anbietet, tendieren sie dazu, die Initiative zu unterstützen.

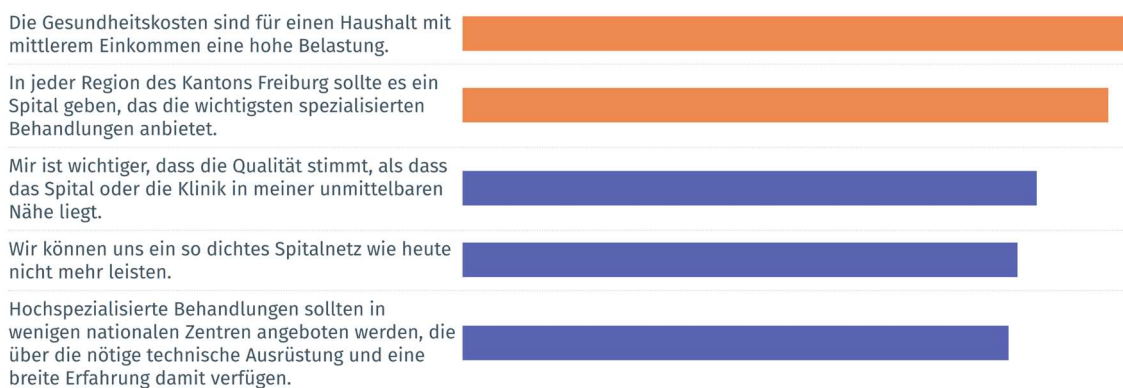
Bei Stimmbürger:innen, die den Gegenvorschlag bevorzugen, sind stattdessen Argumente wirksam, die sich auf die Qualität, die Zentralisierung und die Kosten im Gesundheitswesen beziehen (blau eingefärbt). Wer also die Qualität vor Erreichbarkeit setzt, hochspezifische Behandlungen eher in wenigen nationalen Zentren angesiedelt sieht und die Auffassung vertritt, dass wir uns ein dichtes Spitalnetz, wie wir es heute haben, nicht leisten können, entscheidet sich in der Tendenz für den Gegenvorschlag.

Die Effekte der Argumente sind bei der Initiative stärker ausgeprägt als beim Gegenvorschlag. Insgesamt deckt das Modell nicht das gesamte Spektrum möglicher Erklärungen ab. Es gibt aber eine essenzielle Stossrichtung vor im Hinblick auf die Wirkung der Gesundheitskosten auf die Zustimmung zu den beiden Vorlagen.

Grafik 26

Bevorzugung Initiative oder Gegenvorschlag nach Aussagen zu Kosten im Gesundheitswesen

Basis: Stimmberechtigte, die Initiative oder Gegenvorschlag bevorzugen



© gfs.bern, Nachanalyse FR, Dezember 2023 / Januar 2024 (n=896), Erklärungsgrad: 28.6%

Erläuterung: Die eingesetzte Methode der logistischen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses der Argumente (unabhängige Variablen) auf die Präferenz Initiative vs. Gegenvorschlag (abhängige Variable). Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja-Stimmabgabe für den Gegenvorschlag (blau) oder eher zu einer Ja-Stimmabgabe für die Initiative (orange) geführt hat. Das heisst, wer einem dieser-Argumente zugestimmt hat, spricht sich auch eher für die Initiative respektive den Gegenvorschlag aus. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben in diesem Model keinen statistisch signifikanten Einfluss auf den Stimmentscheid gehabt.

3.3 Finanzierung Spital Freiburg

Die geplante Investition des Freiburger Spitals in einen zentralen Neubau wird von einer absoluten Mehrheit als gerechtfertigt betrachtet (57%). Dazu im Widerspruch stehen 24 Prozent der Stimmberechtigten.

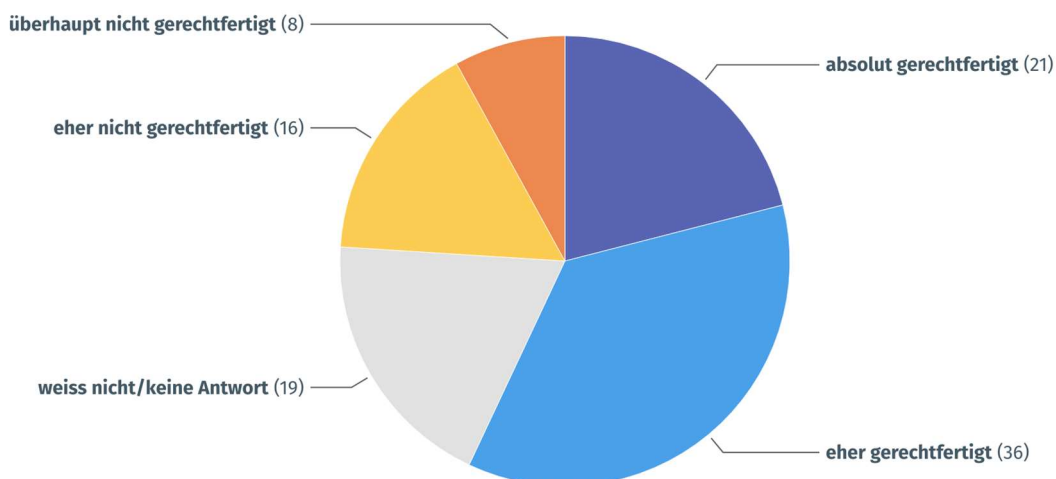
Am meisten unterstützt wird dieses Vorhaben von Männern (60% eher/absolut gerechtfertigt), Städter:innen (59%), Personen mit einem Haushaltseinkommen zwischen 7'000.- und 9'000.- Franken sowie jenen, die dem Staatsrat vertrauen (65%). 40- bis 64-Jährige (28% eher nicht/überhaupt nicht gerechtfertigt) sind häufiger gegen den geplanten Neubau.

Grafik 27

Beurteilung Investition für neues Krankenhaus

Das Freiburger Spital beabsichtigt einen grossen Betrag (ca. 700 Millionen CHF) für den Bau eines modernen Krankenhauses am Standort Freiburg zu investieren. Finden Sie, dass eine solche Investition gerechtfertigt ist oder nicht?

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Nachanalyse FR, Dezember 2023 / Januar 2024 (N=1676)

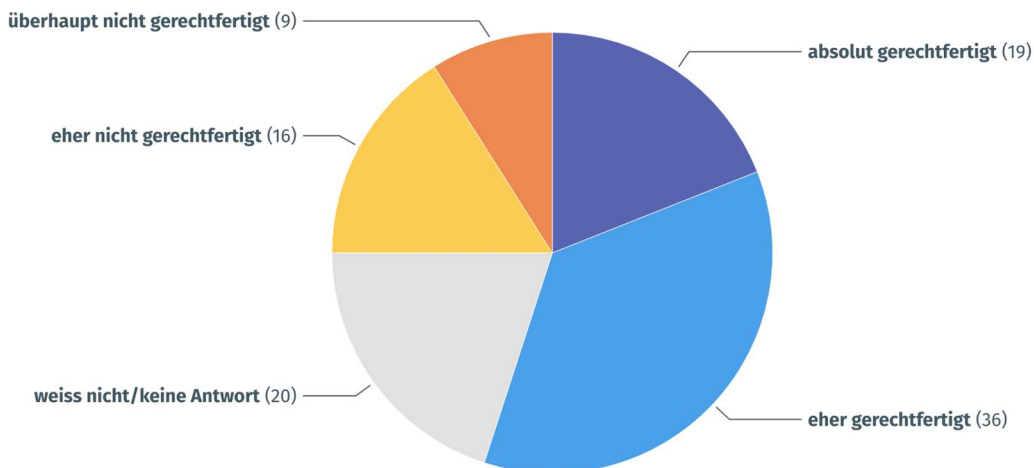
Die Absicht des Kantons dieses Unterfangen mit einem Darlehen zu finanzieren wird von einer absoluten Mehrheit (55%) getragen, während ein Viertel der Stimmberechtigten damit nicht einverstanden ist.

Grafik 28

Beurteilung Darlehen für neues Krankenhaus

Der Kanton Freiburg beabsichtigt, dem Freiburger Spital ein Darlehen von 70 Millionen Franken zu gewähren, um die ersten Arbeiten für den Bau dieses neuen Spitals zu finanzieren. Finden Sie, dass ein solches Darlehen gerechtfertigt ist oder nicht?

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Nachanalyse FR, Dezember 2023 / Januar 2024 (N=1676)

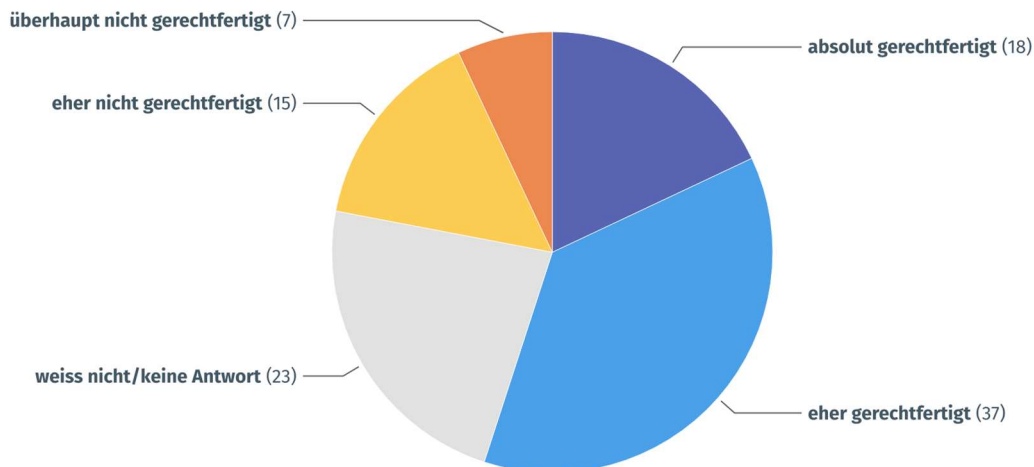
Diese breite Unterstützung ist auch für die Bürgerschaftsabsicht des Kantons vorhanden: Ebenfalls 55 Prozent sind damit einverstanden, während sich 22 Prozent dagegen aussprechen.

Grafik 29

Beurteilung Bürgerschaft

Der Kanton Freiburg beabsichtigt zudem, dem Freiburger Spital eine Bürgerschaft von 105 Millionen Franken zu gewähren, um die Finanzierung seiner laufenden Investitionen sicherzustellen. Finden Sie, dass eine solche Bürgerschaft gerechtfertigt ist oder nicht?

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Nachanalyse FR, Dezember 2023 / Januar 2024 (N=1676)

4 Synthese

4.1 Nachanalyse DETTEC

Am 12. November 2023 haben die Freiburger Stimmberechtigten über das erste Paket der Aufgabenentflechtung zwischen Staat und Gemeinden (DETTEC) abgestimmt und die Behördenvorlage mit 56.2 Prozent abgelehnt. Diese Ablehnung fundiert auf verschiedenen Elementen.

ERSCHWERTE MEINUNGSBILDUNG



Die Meinungsbildung zur DETTEC-Vorlage fiel den Freiburger Stimmberechtigten alles andere als leicht. Eine komplexe, alltagsferne Vorlage, deren Folgen nicht abschliessend einschätzbar waren, traf auf Misstrauen seitens verschiedener politischer Akteure. Unter dem Strich mündeten diese Faktoren in eine vergleichsweise tiefe Stimmbeteiligung.

Die Informationsarbeit der Behörden wurde als spärlich empfunden. Der Grossteil der Stimmberechtigten findet, Staatsrat und Behörden hätten im Vorfeld zu wenig informiert. Inhaltlich halten sich Kritik an der Behördeninformation (zu einseitig) und Lob (neutral) die Waage. Die glaubwürdigsten Akteure bezüglich der DETTEC-Vorlage waren aus Sicht der Urnengänger:innen die Spitex sowie die Gemeinden mit ihren Verwaltungen und erst in zweiter Linie Akteure auf kantonaler Ebene. Von einer Mehrheit als unglaubwürdig beurteilt wurden lediglich die Parteien.

ABSTIMMUNGSVERHALTEN ZUR DETTEC



Der Abstimmungsentscheid zur DETTEC war primär politisch geprägt, sozio-demographische Variablen spielten eine klar nebensächliche Rolle. Dabei gibt es kaum Indizien dafür, dass jene, die dem Staatsrat misstrauen, überdurchschnittlich mobilisiert waren für diesen Urnengang. Nahmen die Politikmisstrauischen jedoch teil, dann wurde die Vorlage von ihnen abgelehnt.

Knapp getragen wurde das Vorhaben von Teilnehmenden mit Vertrauen in den Freiburger Staatsrat sowie von Sympathisant:innen der Mitte-Parteien. Die Ablehnung hingegen fiel bei den Anhänger:innen der SP und bei den Parteilosen am deutlichsten aus, gefolgt vom SVP-Lager. Der Zangenriff gegen die DETTEC-Vorlage von links und rechts obsiegte somit letztlich an der Urne.

UNGLEICHBEHANDLUNG UND KOSTENÜBERLEGUNGEN ALS FALLSTRICKE



Die Idee der Aufgabenentflechtung findet Gehör bei einer relativen Mehrheit der Stimmberechtigten, aber die Umsetzung wurde als schlecht beurteilt. Die wichtigsten Argumente für ein Nein an der Urne waren Sorgen um eine Ungleichbehandlung der reichen und armen Gemeinden, die Notwendigkeit von vorgelagerten Reformen bei den einzelnen Aufgaben sowie Kostenüberlegungen. Ein Ja hingegen war am ehesten zu erwarten, wenn sich die Urnengänger:innen von einem Ja zur Vorlage die Stärkung der Gemeinden in ihrer Aufgabenerfüllung, eine klarere Aufgabenteilung, eine bessere Leistungserbringung ohne Kostenfolge für die Steuerzahlenden sowie den Erhalt der kantonalen Aufsicht über die Gemeinden versprochen.

4.2 Freiburger Gesundheitswesen

Im Juni 2024 werden Freiburger Stimmberechtigte über drei Vorlagen die das Freiburger Gesundheitswesen betreffen zu entscheiden haben. Im Rahmen der DETTEC-Nachanalyse wurde entsprechend auch ein Blick in die Zukunft geworfen:

WAHRNEHMUNG GESUNDHEITSWESEN



Die Freiburger Stimmberechtigten sind im Grossen und Ganzen zufrieden mit der Qualität ihres Gesundheitswesens. Der schweizweite Vergleich fiel nicht allen Stimmbürger:innen leicht, da fast die Hälfte keine Antwort geben konnte oder wollte. Wurde ein Vergleich gemacht, dann war eine relative Mehrheit der Meinung, dass das eigene Gesundheitswesen schlechter abschneidet.

INITIATIVE UND GEGENVORSCHLAG KAUM BEKANNT



Die Volksinitiative «Für bürgernahe öffentliche Spitalnotaufnahmen 24/24» sowie der ausgearbeitete Gegenvorschlag sind zum Befragungszeitpunkt zwei Dritteln der Stimmberechtigten noch nicht bekannt. Die Investition des Freiburger Spitals in den geplanten Spitalneubau wird von einer absoluten Mehrheit unterstützt. Das gleiche gilt für das damit verbundene Darlehen und die Bürgerschaftsabsicht des Kantons Freiburg.

ARGUMENTE: HANDLUNGSDRUCK VS. WIRTSCHAFTLICHKEIT

Gesundheit ist ein gleichermassen privates wie auch öffentliches Thema. Im Privaten ist Gesundheit ein hoch emotionales und existentielles Thema. Die öffentliche Diskussion wird geprägt von Kosten und deren Belastung.

Die Initiative punktet weil sie das menschliche Grundbedürfnis nach Sicherheit (im Notfall) bedient. Der Gegenvorschlag kann mit Wirtschaftlichkeit trumpfen. Beides ist im Kontext der Gesundheitsversorgung relevant, denn die hohen Kosten sind auch für viele Freiburger Haushalte belastend.

In diesem Spannungsfeld von Qualität, Versorgungssicherheit, Kosten und Qualität wird die Diskussion um die Verfassungsinitiative «Für bürgernahe öffentliche Spitalnotaufnahme 24/24» und den Gegenvorschlag dazu stattfinden. Eine hohe Sensibilität der stimmberechtigten Freiburger:innen darf dabei in Bezug auf Kosten und Qualität der Versorgung angenommen werden. Das zeigen die Einschätzungen zu den Argumenten.

5 Anhang

5.1 gfs.bern-Team

URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler (lic. rer. soc.), Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent am VMI der Universität Fribourg und an der ZHAW Winterthur

✉ urs.bieri@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, integrierte Kommunikationsanalysen, qualitative Methoden

Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet, aktuelle Publikation: Bieri, U et al. Digitalisierung der Schweizer Demokratie, Technologische Revolution trifft auf traditionelles Meinungsbildungssystem. Vdf 2021.

MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

✉ martina.mousson@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Bildung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)



ADRIANA PEPE

Junior Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

✉ adriana.pepe@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Gesellschaft, Issue Monitoring, direkte Demokratie, Abstimmungen, Energiepolitik, Jugend



ANNICK DORIOT

Junior Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

✉ annick.doriot@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Abstimmungen, Wahlen, internationale Beziehungen, Sicherheitspolitik



ALESSANDRO PAGANI

Junior Data Scientist

✉ alessandro.pagani@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Wahlen, Abstimmungen, Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen, Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

✉ daniel.bohn@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
quantitative und qualitative Datenanalyse,
Datenaufbereitung, Visualisierung



ROLAND REY

Projektmitarbeiter / Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Desktop-Publishing, Visualisierungen,
Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

SWISS INSIGHTS
Corporate Member

gfs.bern 